55. JAHRGANG · NUMMER 3 · 14. AUGUST 2014 · EUR 2,00

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

# Gesetzlicher Mindestlohn von 8,50

## Erfolg für die Tarifautonomie oder Mogelpackung der Großen Koalition?

Der gesetzliche Mindestlohn soll zum 1.1.2015 (bzw. 1.1.2017) kommen. Das sei ein »*deutlicher Sieg*« der KritikerInnen der Agenda 2010, jammerte die FAZ (17.3.2014). Es sieht nach einem ersten Durchbruch aus. Seit etwa Mitte der neunziger Jahre haben soziale Bewegungen, die Initiativen gegen die Hartz-Gesetzgebung der SPD-Grüne-Koalition, Gewerkschaftslinke, AktivistInnen von Parteien wie DKP und Die Linke daran gearbeitet, diesen Fortschritt gegen die Blockade aller anderen Parteien, zunächst auch von Gewerkschaften, voranzutreiben. Im DGB waren ver.di, IG BAU und NGG die ersten, die das mit unterschiedlichen Konzepten aufgriffen, andere -wie insbesondere IG Metall und IG BCE- lehnten das als angebliche »Einmischung in die Tarifautonomie« lange ab (zur Geschichte der Bewegung für einen gesetzlichen Mindestlohn vgl. Arpo Nr. 3/2013, S. 22f.).

»*1,8 Millionen Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel*«, titelte die FAZ am 21.11.2013, um mitzuhelfen, das »Unheil« noch abzuwenden. Längst vorliegende Erfahrungen aus anderen EU-Ländern (vgl. Kasten) sowie den USA, die den allgemeingültigen Mindestlohn in verschiedenen Formen schon länger oder auch erst seit wenigen Jahren haben, wurden von dieser Seite wie auch den Unternehmerverbänden ignoriert. **Es ging um Panikmache. Wenn der Mindestlohn Arbeitsplätze gefährdet, weil das Kapital unter diesen Umständen nicht investieren will, gilt das dann nicht grundsätzlich auch für Tarifverträge und Arbeitsschutzbestimmungen? Wo ist die Grenze? Sie liegt dort, wo das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen sie markiert**, und sie bleibt ebenso wenig dort stehen, wie die Klassenkämpfe aufhören, sie zu bewegen. Es liegt also an uns, darauf Einfluss zu nehmen.

Im letzten Bundestagswahlkampf haben die Gewerkschaften die Forderung nach 8,50 EUR Mindestlohn eingebracht, ohne dafür breite Aktivitäten zu organisieren. Druck auf Parteien wie SPD und Die Linke kam von sozialen Initiativen und linksgewerkschaftlichen Gruppen. Immerhin hat wohl die Abwahl der FDP aus dem Bundestag im politischen Raum zur Schaffung der Bedingungen zur Einführung dieser Form von Mindestlohn beigetragen, die nun von der Großen Koalition CDU/CSU/SPD angestrebt wird. Was ändert sich, was bringt es den Beschäftigten und den Erwerbslosen? Welche Kriterien helfen uns, das zu beurteilen? In welche Richtung muss es weitergehen?

### Zum Inhalt des Gesetzes

Formal soll der Mindestlohn in Höhe von 8,50 EUR ab 2015 gelten, ab dann würden laut Auskunft der Bundesregierung schon 3,7 Mio. Beschäftigte davon profitieren. Doch eine Übergangsregelung sieht vor, dass er flächendeckend erst ab 2017 greift. Bis dahin sollen nämlich bisher geltende Branchenmindestlöhne (nach Arbeitnehmerentsendegesetz sowie – speziell für Leiharbeiter – nach Arbeitnehmerüberlassungsgesetz) nachwirken und dürfen unterhalb der kümmerlichen 8,50 EUR liegen. Der Sinn ist, »Beschäftigungsneutralität« zu sichern (genauer: die Unternehmer von größeren Entlassungen abzuhalten). Solange bleibt der Mindestlohn auf 8,50 EUR eingefroren (und wird durch Inflation an Wert noch verlieren). Ursprünglich war vorgesehen, dass ab 2018 Erhöhungen auf Vorschlag einer Kommission (»paritätisch« von Unternehmerverbänden und Gewerkschaften besetzt) durch Rechtsverordnung der Bundesregierung vorgenommen werden sollen. Am 1. Juli kam es hier auf einvernehmliches Drängen von Gewerkschaften und Unternehmerverbänden zu einer Änderung im Zeitablauf: Schon ab 2017 soll auf diese Weise die erste Erhöhung des Mindestlohns vorgenommen, dann alle zwei Jahre nach der Einschätzung der vorangegangenen Tarifsteigerungen als Maßstab. Bestimmte Gruppen sollen vom Mindestlohn ausgeschlossen sein: Jugendliche unter 18 Jahren ohne Berufsabschluss, Auszubildende, PraktikantInnen, Langzeitarbeitslose in den ersten sechs Monaten einer Beschäftigung (vgl. *www.der-mindestlohn-kommt.de* vom Bundesarbeitsministerium sowie *www.boeckler.de/themen_33180.htm* vom WSI der Hans-Böckler-Stiftung).

Ein Papier der Partei Die Linke kommt daher zu der Einschätzung: »*Anstatt fünf Millionen Menschen vom Hungerlohn zu befreien, werden es vermutlich nur 2,5 Millionen sein. Das ist mehr als nichts. Gleichzeitig sind mit der Einführung eines ungenügenden, zerstückelten Mindestlohnes die Auseinandersetzungen der nächsten Jahre vorgezeichnet.*« Die-Linke-Chef Bernd Riexinger kommentiert das ebenso: »*Das Nahles-Gesetz liest sich wie eine Satire auf das SPD-Wahlprogramm.*« Auch die Gewerkschaft ver.di argumentiert – im Gegensatz zu den meisten anderen DGB-Gewerkschaften und den »Linken« in der SPD – in ähnlichem Sinne. So empörte sich ver.di-Chef Bsirske, vvder Entwurf sei eine »*grobe Wählertäuschung*« und »*liefere drei Millionen Menschen der Willkür von Hungerlöhnen aus*« (FR. v. 1.7.2014). Sogar der Chef der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, fühlte sich aus seinem Metier heraus zur Kritik ge-

Tarifrunde öffentlicher Dienst

Stahl: Ausbeutung der Lohnarbeit

Grundlinien der Weltpolitik – Skizze

Bericht aus der Ukraine

Griechenland nach der Wahl

fordert: »*Wenn man zu viele Sonderregelungen zulässt, wird man Widersprüche produzieren, Ausweichverhalten fördern und am Ende Unzufriedenheit ernten.*«(FR. v. 28.6.2014).

### Die Höhe des Mindestlohns

Zur Zeit wird viel über diese Ausnahmen geredet, die der Gesetzentwurf vorsieht. Entscheidend ist jedoch erst einmal die Höhe des Mindestlohns. KritikerInnen nennen genau das die eigentliche »Mogelpackung«. Ein Vollzeitbeschäftigter mit 38,5 Stunden Wochenarbeitszeit kann bei 8,50 EUR gleich wieder Hartz-IV-Aufstockung beantragen, wenn seine Warmmiete 358 EUR oder mehr beträgt. In Städten und Ballungsgebieten ist das die Regel. Auch bei einer niedrigeren Miete liegt dieser Lohn nur knapp über Hartz-IV-Niveau. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit kommt daher zu dem Ergebnis, dass ein Mindestlohn von 8,50 EUR nur ca. 57.000 bis 64.000 Lohnarbeitenden aus der Hartz-IV-Abhängigkeit heraushilft. Davon würde aber noch ein Teil stattdessen Wohngeld und Kinderzuschlag beziehen müssen. Die Gesamtzahl der Hartz-IV-AufstockerInnen betrug im Juni 2013 laut IAB-Statistik 1,3 Mio. Personen.

Immerhin hilft der Mindestlohn in der geplanten Form den öffentlichen Haushalten und Sozialkassen. Nach Schätzung des IAB senkt er die Ausgaben für Arbeitslosengeld II (Hartz IV) um jährlich 700 bis 900 Mio. EUR. Mehrausgaben bei Wohngeld und Kinderzuschlag reduzieren diese Einsparungen auf 500 bis 650 Mio. EUR. Höhere Löhne bewirken aber höhere Einnahmen bei Steuern und Sozialbeiträgen. Lohnkosten unterhalb der Hartz-IV-Schwelle, für die bisher die Job-Center Aufstockungsbeiträge zahlten, müssen demnächst von den Arbeitgebern übernommen werden, wenn der Mindestlohn greift. Dadurch entstehende Gewinnschmälerungen schätzt das IAB als Minderungen der Körperschaftssteuer. Insgesamt bilanziert es so eine Steigerung bei Steuern und Sozialbeiträgen um 2,2 bis 3 Mrd. EUR jährlich (www.iab.de/194/section.aspx/Publikation/k140404302). Voraussetzung bei diesen Modellrechnungen ist natürlich, dass die Wirtschaft so weiter brummt wie bisher.

Arbeitslosengeld II (auch Hartz IV genannt) bedeutet zur Zeit, einen Regelsatz für einen alleinstehenden Erwachsenen von 391 EUR monatlich plus Miete und Heizkosten in »angemessenem« (von der Behörde festgelegtem) Rahmen zu beziehen. Dieser Eckregelsatz, neben dem es weitere Regelsätze gibt, z.B. für weitere Erwachsene in Bedarfsgemeinschaften und für Kinder und Jugendliche verschiedener Altersstufen, wird vom »Bündnis für ein menschenwürdiges Existenzminimum« als zu niedrig angesehen; ihm gehören z.B. der DGB, Wohlfahrtsverbände und Erwerbsloseninitiativen an. Es fordert eine Erhöhung der Regelsätze, ohne jedoch konkrete Zahlen zu nennen. Die Anerkennung eines Mindestlohnbetrages in Höhe von 8,50 EUR heißt aber, zu akzeptieren, dass auch die Existenzsicherung durch Hartz IV auf dem niedrigen Niveau verbleibt. Viele Initiativen unterstützen dagegen die Forderungen nach einem Eckregelsatz in Höhe von 500 EUR sowie einem Mindestlohn von 10 EUR lohnsteuerfrei (näheres siehe: *www.mindestlohn-10-eur.de* sowie »*www.500-euro-eckregelsatz.de*«). Der Zusammenhang dieser Forderungen liegt auf der Hand: Ein niedriger Eckregelsatz für Hartz IV wird als Legitimation für einen niedrigen Mindestlohnbetrag herangezogen – und umgekehrt.

### Die Ausnahmen

Auch wenn im Endeffekt nicht so viele Ausnahmen in den Gesetzentwurf eingingen, wie ursprünglich zu befürchten war: Der entscheidende Vorteil für das Kapital ist, dass auf lange Zeit die Höhe des Mindestlohns eingefroren wird und dabei an Kaufkraft einbüßt. Das macht deutlich, dass die Koalition aus CDU/CSU/SPD nicht einmal die 8,50 EUR wirklich akzeptiert. Sie schiebt die flächendeckende Einführung auf 2017 hinaus und versucht, möglichst viele Ausnahmen zu schaffen. Im Vorfeld der Einigung auf den jetzigen Entwurf waren recht umfangreiche Gruppen in der Diskussion, denen der Mindestlohn verweigert werden sollte, angeblich, um ihre »Vermittlungshemmnisse« nicht zu verschärfen. Es ging dabei z.B. um MinijobberInnen (7,7 Mio.), RentnerInnen (20 Mio.), junge Leute unter 21 Jahren (statt jetzt: 18 Jahren), SaisonarbeiterInnen. Durch diese Personenkreise können regulär bezahlte Arbeitskräfte, z.B. in niedrig qualifizierten Bereichen, ersetzt werden.

Dass es im ersten Gesetzentwurf noch bei relativ wenigen Ausnahmen blieb (Jugendliche unter 18 Jahren ohne Berufsabschluss, Auszubildende, PraktikantInnen, Langzeitarbeitslose in den ersten sechs Monaten einer Beschäftigung), ist ein Ergebnis der öffentlichen und innerparteilichen Diskussion, die die SPD zwang, ihre Wahlversprechen nicht zu offensichtlich dem Koalitionsinteresse zu opfern. Auf Druck von Unternehmerlobbyisten und Unionspolitikern vereinbarte die Koalition aber noch in der Woche vor der Abstimmung im Bundestag am 3. Juli weitere Ausnahmeregelungen für Zeitungszusteller und Saisonarbeiter in der Landwirtschaft, die bis Ende 2016 befristet sein sollen. Mit Zustimmung des Bundesrates am 11. Juli ist all das nun Gesetz.

Die Sonderregelungen öffnen dem Missbrauch, dem Unterlaufen des einheitlichen Mindestlohns als Standard Tür und Tor, und sie bieten den Vorwand für immer neue Diskussionen und Forderungen. Die Regelung für die Langzeitarbeitlosen z.B. wird in der Regel nur bewirken, dass sie sich weiterhin im Drehtüreffekt des Heuerns und Feuerns nach betrieblichem Bedarf finden werden, »helfen« wird sie ihnen in keiner Weise. Entwarnung bzgl. der Sonderbestimmungen kann nicht gegeben werden: Wenn es das Kapitalinteresse, Wirtschaftskrisen und anstehende Parlamentswahlen erfordern, wird die eine oder andere Diskus-

**Heft Nr. 3 · 12. August 2014 · Jahrgang 55**

Gesetzlicher Mindestlohn ab 2015 zu 8,50 EUR ..... 1

Tarifrunde 2014 im öffentlichen Dienst. ..... 5

Neuorganiserung der Lohnarbeit
am Beispiel der Stahlproduktion Bremen. ..... 9

Einbindung des BR in die Sanierungsstrategien
der Stahl-Unternehmer. ..... 13

Grundlinien der Weltpolitik – eine Skizze. ..... 16

Bericht: Politische Opposition in der Ukraine. ..... 19

Finnland: Schauerleute im Streik ..... 21

Nach den Wahlen in Griechenland ..... 22

**Arbeiterpolitik**

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Karaberis
Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
GFSA e.V. · Postbank Hamburg · Kto 410 077 205 · BLZ 200 100 20
IBAN: DE 28200100200410077205 · BIC: PBNKDEFF
Zuschriften nur an: »GFSA e.V. · Postfach 106426 · D-20043 Hamburg«
e-mail: arpo.berlin@gmx.de · Internet: www.arbeiterpolitik.de

## Mindestlöhne im internationalen Vergleich: EU-Staaten

(ggf. umgerechnet in Euro)

| | | | |
|---|---|---|---|
| Luxemburg | 11,10 | Slowakei | 02,19 |
| Frankreich | 09,53 | Ungarn | 01,97 |
| Niederlande | 09,11 | Tschechien | 01,95 |
| Belgien | 09,10 | Lettland | 01,93 |
| Irland | 08,65 | Litauen | 01,76 |
| Großbritannien | 07,43 | Rumänien | 01,14 |
| Slowenien | 04,56 | Bulgarien | 01,04 |
| Malta | 04,15 | | |
| Spanien | 03,91 | **außerhalb der EU:** | |
| Griechenland | 03,35 | **(umgerechnet in Euro)** | |
| Portuga | 02,92 | Australien | 11,88 |
| Polen | 02,31 | USA | 05,46 |
| Kroatien | 02,30 | Südkorea | 03,58 |
| Estland | 2,13 | Türkei | 2,17 |

## Ausgewählte Beispiele:

**Frankreich**
Das *Salaire minimum interprofessionnel de croissance*, kurz SMIC, (auf deutsch etwa: wachstumsorientierter berufsgruppenübergreifender Mindestlohn), gilt gesetzlich seit 1950. Die Regierung legt ihn jeweils zum 1. Januar fest und soll dabei die allgemeine Lohnentwicklung berücksichtigen. Für Beschäftigte, deren Lohn das 1,6fache des SMIC nicht überschreitet, kann sich der Arbeitgeber von den Sozialabgaben befreien lassen.

**Großbritannien**
Der Mindestlohn gilt seit 1999 und ist nach Lebensalter gestaffelt (die o.a. Zahl ist der Mindestbetrag). Die Erhöhung wird auf Empfehlung einer »unabhängigen« Kommission durch die Regierung festgelegt (Vorbild für die deutsche Regelung). Der »Erfinder« des britischen Mindestlohns, George Bain, kritisiert die heutige Praxis, weil die meisten Branchen in der Lage seien, mehr zu zahlen und für London aufgrund der höheren Lebenshaltungskosten eine Sonderregelung erforderlich sei.

**Griechenland**
Der Mindestlohn wurde 2012 von 751,39 EUR monatlich auf 586,08 EUR gesenkt (brutto, versteht sich). Die Arbeitslosigkeit, die als Begründungszusammenhang herangezogen wurde, stieg seitdem von ca. 25 Prozent auf fast 28 Prozent Ende 2013. Die Einhaltung des Mindestlohns wird praktisch nicht kontrolliert und durch vielfältige Tricks (Teilzeit- und Schwarzarbeit) unterlaufen. *Angaben: FR vom 30. Juni 2014*

sionsvariante als »Reform« des Mindestlohns wieder auf den Tisch kommen.

### Bewertung

Ist der Mindestlohn in dieser Form also eine »*Mogelpackung*«? Nicht nur, er hat zwei Seiten. Er ist tatsächlich trotz aller Einschränkungen ein »*deutlicher Sieg*«, gerade weil es eines langen, zähen Kampfes und entsprechender Überzeugungsarbeit, vor allem in Gewerkschaften und Parteien, bedurfte. Diesen versucht die Koalition aus CDU/CSU/SPD kapitalverträglich abzuschwächen. Die zeitliche Verschiebung und die vorgesehenen Ausnahmen sind der Ausdruck davon. Das kann nur bedeuten, den erreichten Stand als erste Haltelinie zu verteidigen und den Kampf fortzusetzen.

Es ist davon auszugehen, dass CDU/CSU den gesetzlichen Mindestlohn nur deshalb vertreten, weil die SPD ihn zur Bedingung für den Koalitionsvertrag gemacht hat. Die wiederum musste ihn in den Mittelpunkt ihrer Wahlkampf- und Regierungsstrategie stellen, weil der Druck über Jahre, gerade aus den Gewerkschaften, immer stärker wurde. Die Tarifbindung ging dramatisch zurück, immer mehr Tarifverträge wurden zu Hungerlöhnen abgeschlossen, prekäre Arbeitsverhältnisse (Leiharbeit, Werkverträge, Minijobs etc.) schossen ins Kraut. Nicht zuletzt waren diese Entwicklungen die Konsequenzen der Politik der Agenda 2010 und der Hartz-Gesetze, die von SPD und Grünen 2003/4 umgesetzt worden war. Um diese Politik im Interesse der Kapitalisten und der Akzeptanz ihrer »sozialen Marktwirtschaft« abzusichern, musste die SPD ihren Widerstand gegen die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns aufgeben (im März 2007 beschloss sie erstmals einen Mindestlohnbetrag von damals 7,50 EUR).

Der Kampf muss nun logischerweise darum gehen, die Einschränkungen zu beseitigen und erneut auf der Forderung eines flächendeckenden, allgemeinen, gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 10 EUR lohnsteuerfrei zu bestehen. Das ergibt sich zum einen aus dem soziokulturellen Bedarf von Menschen, die in dieser Gesellschaft ihr Auskommen finden müssen. In diesem Zusammenhang kann auch eine Diskussion sinnvoll sein, die nunmehr schon recht alte Forderung nach 10 EUR lohnsteuerfrei zu erhöhen, etwa auf 12 EUR, die in manchen Zusammenhängen genannt werden. Diese Debatte sollte jedoch nicht losgelöst geführt werden von dem, was in nächster Zeit als Strategie unter gegebenen Kräfteverhältnissen vermittelbar ist. Zum anderen ist **eine gesetzliche Lohnuntergrenze eine wichtige Voraussetzung, die Kampfkraft der Gewerkschaften zu stärken und Tarifautonomie wiederherzustellen**. Sie muss verstärkt und ausgebaut werden.

### Stärkung der Tarifautonomie als ständige Aufgabe

Nur noch sehr vereinzelt sind gegenwärtig Stimmen von links zu vernehmen, die in einem gesetzlich festgelegten Mindestlohn eine unzulässige Einmischung des Staates in Lohnfragen, nämlich eine Schwächung gewerkschaftlicher Zuständigkeit und Kampfkraft sehen. Ausgedrückt wird das mit dem Begriff der »Tarifautonomie«, der von rechts bis links freilich unterschiedliche Bedeutung hat. Unter den heutigen Kampfbedingungen, die von neoliberaler Offensive gegenüber gewerkschaftlicher und betrieblicher Organisationsmacht der Lohnabhängigen, abnehmender Tarifbindung in der kapitalistischen Wirtschaft, sinkenden Reallöhnen, Abbau von arbeits- und sozialrechtlichen Absicherungen in den letzten Jahrzehnten seit der Auflösung des sozialistischen Lagers in Osteuropa gekennzeichnet sind, erscheint gewerkschaftlicher Rigorismus unrealistisch, Hartz IV, Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse und Leiharbeit lassen grüßen. Aber auch prinzipiell ist dagegen einiges einzuwenden.

Gerade das Arbeitsrecht der BRD bietet hierfür reichlich Anschauungsmaterial. Betriebliche Aktivist/innen, ob Vertrauensleute, Betriebsräte oder Funktionäre, wissen, wie umfangreich und vielfältig das Arbeitsrecht in der BRD ist und wie wichtig es sowohl für kollektive Aktionen als auch

# Mindestlohn: Statt 8,50-Euro-Mogelpackung zehn Euro brutto lohnsteuerfrei ohne Ausnahmen!

Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns ist ein „deutlicher Sieg" der Kritiker der Agenda 2010, jammert die FAZ (17.3.2014). Da ist was dran. Jahrelange Anstrengungen waren nötig, diesen Fortschritt gegen alle die Parteien zu erkämpfen, die noch gestern oder wie die SPD noch vorgestern entschiedene Gegner eines gesetzlichen Mindestlohns waren. Millionen werden davon profitieren. Wir sind stolz darauf, dazu beigetragen zu haben. Diesen Fortschritt möglichst gering zu halten, ist jetzt das Ziel des Kapitals und der Großen Koalition.

GroKo: geheuchelter Jugendschutz

**Die Kaufkraft des Mindestlohns wird auf Jahre eingefroren. Sie kann sogar sinken.**

- ✗ Man schiebt die flächendeckende Einführung des gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro auf den 1.1.2017 hinaus. Die erste Erhöhung soll es zum 1.1.2018 geben. Bis Ende 2017 hat die Inflation von 8,50 Euro vielleicht nur noch 7,80 Euro übrig gelassen.
- ✗ Tariflöhne unter 8,50 Euro sollen bis 1.1.2017 weiterbestehen. Das betrifft über 500 von 4.500 tariflichen Lohngruppen.
- ✗ Die Arbeitgeberverbände wetteifern mit Vorschlägen für Ausnahmen. Überlegt wird, 7,7 Millionen Minijobbern, Millionen Arbeitskräften mit „Vermittlungshemmnissen", 20 Millionen Rentnern, jungen Leuten unter 21 Jahren usw. den gesetzlichen Mindestlohn zu verweigern. Solche Arbeitskräfte sollen in möglichst großem Umfang Beschäftigte mit 8,50 Euro ersetzen können.
- ✗ Selbst wenn es nur wenige Ausnahmen gibt: der entscheidende Vorteil für das Kapital ist, dass auf lange Zeit die Kaufkraft der 8,50 Euro eingefroren werden und sogar sinken könnte. Erhöhungen des Mindestlohns sollen von der Entwicklung der Tariflöhne, der Gesamtwirtschaft und des Arbeitsmarktes abhängen (FAZ 11.03.2014). Sie werden von einer Kommission vorbereitet, in der die Vertreter der Arbeitgeber alle ihnen nicht passenden Ergebnisse blockieren können. Wenn der real schon auf unter 8 Euro gefallene Mindestlohn von 8,50 Euro ab 2018 mit 2 % jährlich (dem Durchschnitt der Tariferhöhungen der letzten Jahre) erhöht wird, steht er 2026 bei zehn Euro. Bei einer zukünftigen Inflationsrate von 2 % jährlich werden diese zehn Euro weniger Kaufkraft haben als heutige 8,50 Euro. Steigt die Arbeitslosigkeit, kann man den Mindestlohn dafür verantwortlich machen. Da es bis 2026 auch Jahre einer Wirtschaftskrise geben wird und Tariflöhne unter Umständen sinken, kann der Mindestlohn auch gesenkt werden.
- ✗ 8,50 Euro gesetzlicher Mindestlohn ab 2017 bedeuten in westeuropäischem Maßstab Lohndumping. In Irland gibt es 2014 schon 8,65 Euro, in Belgien 9,10 Euro, in Frankreich 9,53 Euro, den Niederlanden 9,74 Euro (bei 38 Wochenstunden inkl. Urlaubsgeld von 8 % des Mindestlohns), in Luxemburg 11,10 Euro. Großbritannien hätte 9,52 Euro Mindestlohn, wenn das Pfund nicht abgewertet worden wäre. Deutschland, die stärkste Wirtschaft in Europa, ist u.a. wegen Lohndumping stark. Das soll mit den armseligen 8,50 Euro so weitergehen.

**Für mindestens zehn Euro brutto lohnsteuerfrei!**

Mit 8,50 Euro gesetzlichem Mindestlohn kann jeder Vollzeit beschäftigte Alleinstehende Hartz IV beantragen, wenn seine von der Arbeitsagentur anerkannte Warmmiete 358 Euro und mehr beträgt. Die Warmmiete ist in Großstädten erheblich höher, im Bundesdurchschnitt wohl auch (http://bit.ly/vergleich_mindestlohn_existenz minimum). Dass Kinder und Familien von einem Lohn von 8,50 Euro nicht leben können, ist sowieso kein Thema. Sigmar Gabriel schwärmt:: „*Wir geben der Arbeit ihre Würde zurück.*" Auch der DGB sieht die Würde nur bei Löhnen unter 8,50 Euro verletzt.

> 8,50 Euro bedeuten bei einer 38,5-Stundenwoche 1.048 Euro netto. Wegen eines Freibetrags für Erwerbstätigkeit in Höhe von 300 Euro werden nur 748 Euro angerechnet. Der Regelsatz eines Alleinstehenden beträgt 391 Euro. Ab einer anerkannten Warmmiete von 358 Euro besteht ein Hartz-IV-Anspruch.

Es geht uns nicht um einen Wettlauf von Forderungen, sondern um einen gesetzlichen Mindestlohn, der ein halbwegs angemessenes Existenzminimum eines vollzeitbeschäftigten Alleinstehenden darstellt.

Maßstab dafür ist für uns nicht das gegenwärtige Hartz-IV-Niveau. Mit seinen 4,56 Euro pro Tag für Essen und Trinken und 0,66 Euro pro Tag für öffentliche Verkehrsmittel läuft es auf Mangelernährung und gesellschaftliche Isolation hinaus. Allein für gesunde Ernährung würde man 95 Euro monatlich mehr brauchen. Unsere Forderung von mindestens 500 Euro Eckregelsatz ist also sehr bescheiden.

Für die Arbeitgeberverbände ist jedoch schon ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro „unsozial", da er 1,8 Millionen Arbeitsplätze gefährde (FAZ 21.11.2013). Für sie gilt: „Sozial ist, was Arbeit schafft", nicht was Arbeit gefährdet. Je niedriger der Lohn, desto eher wird eine Arbeitskraft eingestellt, desto sozialer geht es also zu.

**Den Mindestlohn auch noch besteuern?**

Die mickrigen 8,50 Euro Mindestlohn gelten jetzt als Existenzminimum eines alleinstehenden Lohnabhängigen. Warum eigentlich dieses Existenzminimum noch mit 76 Euro Lohnsteuer belegen? Macht man das, weil es unsozial wäre, die massiven Steuersenkungen für Millionäre, Kapitalgesellschaften und Finanzanleger rückgängig zu machen? Der gesetzliche Mindestlohn muss deutlich über dem Hartz-IV-Niveau eines Alleinstehenden liegen.

**Wir fordern also:**

- **Zehn Euro gesetzlicher Mindestlohn brutto!**
  Der gesetzliche Mindestlohn muss über dem Hartz-IV-Niveau auf der Basis eines Eckregelsatzes von mindestens 500 Euro liegen.
- **Lohnsteuerfreiheit des gesetzlichen Mindestlohns wie in Frankreich!**
  Das offizielle Existenzminimum eines Lohnabhängigen darf nicht mit Lohnsteuer belegt werden (www.ambafrance-de.org/Steuern-auf-Einkommen-in).
- **Keinerlei Ausnahmen vom gesetzlichen Mindestlohn!**
  Ausnahmen vom gesetzlichen Mindestlohn bedeuten Lohndumping.
- **Erhöhungen von Mindestlöhnen mindestens mit Inflationsausgleich!**

- Aktionsbündnis Sozialproteste (ABSP)
- attac Aschaffenburg-Miltenberg
- Erwerbslosen Forum Deutschland
- Klartext.e.V
- LabourNet Germany
- Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne (RMB)
- Soziale Bewegung Land Brandenburg (SBB)
- Tacheles e.V.

April 2014

Nachdruck und weitere Verbreitung erwünscht!

V.i.S.d.P: Edgar Schu• Postfach 3434 • 37024 Göttingen • edgar.schu(at)die-soziale-bewegung.de
kostenlose Bestellung: Rainer Roth • Berger Str. 195 • 60385 Frankfurt • info(at)klartext-info.de

individuelle Absicherungen es ist, sich darin auszukennen, es anzuwenden und für seine Verbesserung zu kämpfen. Dazu gehört auch Tarifrecht. Das Arbeitsrecht ist die untere, für alle geltende Grenze. Besonders deutlich wird das für diejenigen Beschäftigten, deren Arbeitsverhältnis von keinem Tarifvertrag erfasst wird.

Nehmen wir als Beispiel die Urlaubsregelung: Im öffentlichen Dienst und in gewerkschaftlich gut organisierten privatkapitalistischen Branchen haben die Beschäftigten bis zu sechs Wochen Jahresurlaub. Lohnabhängige, die von keinem Tarifvertrag erfasst werden, haben nach dem Bundesurlaubsgesetz Anspruch auf vier Wochen Urlaub im Jahr. Was kann an dieser Regelung falsch sein (beim Vorhandensein entsprechender Kampfkraft wäre freilich für ihre Angleichung an einen höheren Standard einzutreten)? Was aber für Urlaubs- oder z.B. auch Arbeitszeitregelung richtig ist, nämlich ein gesetzlicher Mindestanspruch, muss auch für den Lohn gelten. Die Alternative war bisher Hartz IV. Je höher die Lohnuntergrenze (10 EUR statt 8,50 EUR) festgelegt (**erkämpft**) werden kann, desto höhere tarifliche Forderungen können die Gewerkschaften stellen und im politisch-gesellschaftlichen Umfeld plausibel machen. Sie müssen es freilich auch tun. **Es ist eine Frage des Klassenkampfes**.

Sieht man sich die Verhältnisse unter arbeits- und sozialrechtlichen Aspekten europa- und weltweit an, so stellt man in den einzelnen Ländern eine bunte Vielfalt von Traditionen und Regelungen fest, die Ergebnisse von Klassenkämpfen und staatlichem Eingreifen sind und diese festschreiben, bis neue Auseinandersetzungen neue Festsetzungen möglich machen. Hier ein abstraktes Modell ausdenken zu wollen, wie Klassenhandeln sich autonom, geschlossen und unabhängig vom Staat zu vollziehen hätte, ist sinnlos. Gewerkschaften und klassenbewusste Kräfte müssen sich in dem Rahmen bewegen, der ihnen vorgegeben ist, und sich darin weiterentwickeln, um ihn verändern und ggf. sprengen zu können.

Wir verstehen Tarifautonomie nicht im formalen, sozialpartnerschaftlichen Sinne als Handlungsfreiheit der »Tarifpartner« gegenüber staatlichen Eingriffen. Unser Klassenbegriff davon meint die Befähigung der Arbeiterbewegung zur eigenständigen Durchsetzung ihrer Forderungen gegen die Kapitalseite und zur Durchbrechung der Profitlogik mittels ihrer Vertretungen, die sie hat oder zu schaffen in der Lage ist. Der Staat ist in seinem Doppelcharakter zu verstehen: als Instrument der herrschenden Klasse zur Wahrnehmung und Durchsetzung ihrer Interessen ebenso wie als Terrain der Auseinandersetzungen zwischen den Klassen im Kapitalismus. Bei der Tarifautonomie handelt es sich in unserem Verständnis nicht um einen statischen, von der Regierung gewährten Zustand, sondern um eine ständige Aufgabe in den Klassenkämpfen gegen Kapital und Staat. 11. 7. 2014 ■

# Tarifrunde öffentlicher Dienst 2014 – ein relativer materieller Erfolg

**Von der Tarifrunde im öffentlichen Dienst waren rund 2,1 Millionen Beschäftigte bei Bund und Kommunen betroffen. Auf der Streikveranstaltung am 27.3.2014 in Dortmund verwies Achim Meerkamp (ver.di-Bundesvorstand, Leiter der Fachbereiche Bund, Länder und Gemeinden) darauf, dass bei Bund und Kommunen rund 340.000 Beschäftigte befristete Arbeitsverträge haben. Rund 89.000 Beschäftigte sind Auszubildende und Praktikanten.**

**Die Tarifverhandlungen wurden auf der Beschäftigtenrseite gemeinsam von ver.di mit der GdP, der GEW, der IG BAU sowie dem dbb Beamtenbund und Tarifunion geführt. Auf der Arbeitgeberseite werden die Verhandlungen von der Vereinigung kommunaler Arbeitgeber (VKA) und dem Bund geführt. Auf der Gewerkschaftsseite führten Frank Bsirske (ver.di) und Willi Russ (dbb Beamtenbund und Tarifunion) die Verhandlungen und auf der Arbeitgeberseite Thomas Böhle (VKA) und der Bundesinnenminister Thomas De Maizière.**

## Mitgliederdiskussion in Herne (NRW)

Auf der Klausurtagung der Bundestarifkommission (BTK) im Oktober 2013 *»betonte .. Frank Bsirske das Ziel einer deutlichen Einkommenserhöhung für alle Beschäftigtengruppen. Er könne sich eine kombinierte Forderung nach einem Sockelbetrag von 100 EUR und einer prozentualen Erhöhung der Tabellenwerte um 3 Prozent vorstellen. Darüber hinaus sehe er einen Urlaubsanspruch von 30 Arbeitstagen für alle als ein Muss an«* und brachte seine Vorstellung am 6.11.2013 auch auf der NRW-Auftaktveranstaltung in Herne ein. Er gab zu bedenken, dass die Beschäftigen der unteren Lohngruppen im Vergleich zur den Beschäftigten bei den Privaten besser gestellt seien, was von Arbeitgebern zu der unverhohlenen Androhung der Privatisierung öffentlicher Aufgaben führe. Die Beschäftigten der höheren Entgeltgruppen würden im Vergleich zu den Beschäftigten bei den Privaten schlechter bezahlt.

Zudem wies er darauf hin, dass es in internen Diskussionen auch Kritik am Festhalten an der sozialen Komponente wegen ihrer Nichtdurchsetzbarkeit in der Tarifrunde 2012 gäbe. Überzeugt von den eindeutigen, mit Beifall aufgenommenen Diskussionsbeiträgen mehrerer Teilnehmer des kampfstärksten Landesbezirkes (NRW), sprach er sich trotzdem für die Forderung nach einer überproportionalen Erhöhung der unteren Einkommen aus. **In den Diskussionsbeiträgen der Kollegen war von der sozialen Komponente keine Rede, sondern von dem Lohn, mit dem man auskommen muss. Deutlich wurde darauf hingewiesen, dass es nicht die Führungskräfte oder die Fachkräfte seien, die streikten, sondern die Mitglieder der EG 3 bis EG 7**.

## Die Forderungsdiskussion in der Mitgliedschaft

Die BTK leitete Mitte November 2013 die Mitgliederdiskussion ein, in der sie den bestehenden Nachholbedarf betonte. So werde im öffentlichen Dienst weniger als in der Privatwirtschaft verdient. Zwischen 2000 und 2007 erhöhten sich die Entgelte der dort Beschäftigten unterdurchschnittlich. *»Während die Produktivität und die Inflation (sog. »Verteilungsspielraum«) sich vom Jahr 2000 bis heute um 41,1 Prozent steigerten, erhöhten sich die Einkommen der Beschäftigen im öffentlichen Dienst nur um 29,1 Prozent. Allerdings konnten die Tariferhöhungen im Zeitraum 2008 bis 2013 in der Summe den Verteilungsspielraum mehr als ausschöpfen (+ 4,53 Prozent). Trotz dieser Trendwende besteht aber weiterer Nachholbedarf.«* In den internen Vorbereitungsmaterialien zur Tarifrunde 2014 gab ver.di an, dass die Einkommen im Bereich des TVöD um etwa 12 Prozent angehoben werden müssten, um die Schere zur Privatwirtschaft zu schließen.

Bis zur Aufstellung der Forderungen durch die BTK sollen die Mitglieder ihre Forderungen und *»die Möglichkeiten ihrer Durchsetzung in den Dienststellen und Betrieben … diskutieren.«* Die Diskussion wurde Mitte November 2013 aufgenommen.

Ein Einblick, auf welcher Ebene die »Mitgliederdiskussion« geführt wurde, ist schwer zu geben. Jedenfalls ist es kaum vorstellbar, dass es sich durchweg um eine Diskussion unter den Mitgliedern handelte. Vorstellbar sind Fragebogenaktionen oder Mitgliederdiskussionen im kleineren Rahmen, deren Ergebnisse in Vertrauensleutekonferenzen als Grundlage für die zu erhebende Forderung dienten. Relativ sicher ist, dass die Forderungen auf Fachbereichsebene formuliert und letztlich von den Bezirklichen Arbeitskampfleitungen aufgestellt wurden, ehe sie in die Landesbezirke gelangen.

Bei der Forderungsdiskussion spielte die verlorene Tarifrunde 2012 die bestimmende Rolle. Gefordert wurden damals 6,5 Prozent, mindestens aber 200 EUR. Die gegenwärtigen Forderungen in den Beschlüssen der Landesbezirke bestanden mehrheitlich in *»einer Kombination aus einer Grunderhöhung mit Beträgen zwischen 75 und 180 Euro und einer weiteren linearen Erhöhung um 3 bis 5 Prozent«*. Mündlichen Berichten zufolge sind die Forderungen in

1) Bund: 140.000, Kommunalverwaltung: 1.170.000 (davon sind in 2012 42 Prozent Teilzeitbeschäftigte), Kommunale Krankenhäuser: 460.000, Sparkassen: 213.000, Versorgung und Entsorgung: 160.000, Flughäfen: 24.000. Nahverkehrsbetriebe: ca. 72.000 ( in Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Sachsen). Angaben VKA für 2013

2) ver.di TS Berichtet, 01.11.2013

3) Tarifbewegung 2014, Nr. 1 vom 11. 11.2013, ver.di-Bundesverwaltung, Berlin (01_2013_Auftaktflugblatt Tarifrunde 2014)

4) Tarifbewegung 2014, Nr. 1 vom 11. 11. 2013, ver.di-Bundesverwaltung, Berlin (01_2013_Auftaktflugblatt Tarifrunde 2014)

5) Tarifsekretariat berichtet, Berlin, 20.02.2014 Nr. 01/2014

NRW teilweise noch höher. Die Beschäftigten des Nahverkehrs forderten auf ihrer Tarif-Tagung im Dezember 2013 eine Erhöhung der TV-Nahverkehr-öD-Tabellen um einen Sockelbetrag von 150 EUR/Monat plus Erhöhung der TV-N-öD-Tabellen um 3,5 Prozent und eine monatliche Nahverkehrszulage von 70 EUR.

Die Landesbezirke in den neuen Ländern hielten sich zurück, da die Entgelte im öffentlichen Dienst schon zu 100 Prozent an das Westniveau angepasst worden sind und sie damit über dem regionalen Niveau liegen.

### Die nicht »neue« Streiktaktik des ver.di-Vorstandes war Thema der Forderungsdiskussion

In der Tarifrunde 2012 war es nicht gelungen, einen Arbeitskampf für die Durchsetzung der Forderung zu führen. Ursache waren der Widerstand der öffentlichen Arbeitgeber und das Abstimmungsverhalten einiger Delegierter in der BTK[6]. Seit dem wurde intensiver über den »effektiven Streik« diskutiert. Die Auswertung des knapp zweiwöchigen Flächen-Streiks der Ötv von 1992, des Streik im Sozial- und Erziehungsdienst von 2009 und der ganztägigen Warnstreiks ab der Tarifrunde 2008, hatte gezeigt, dass politischer, aber kein ökonomischer Druck gemacht werden kann.

Um einen mehrwöchigen Erzwingungsstreik führen zu können, forderte die Zentrale Arbeitskampfleitung die Landesbezirke dazu auf, Bereiche zu bestimmen, in denen die öffentlichen Arbeitgeber ökonomisch massiv unter Druck gesetzt werden können. Dies ist nicht neu. Bereits in der Tarifrunde 2012 wurde für den auf vier Wochen angelegten Streik darauf gedrungen, dass er von einzelnen schlagkräftigen Bereichen getragen werden soll. Diese deutliche Aufgabenstellung ist sehr umstritten, da viele sie nur begrenzt erfüllen können. Die Anforderung führten teilweise zu Frust, weil vor Ort vorwiegend nur politisch Druck gemacht werden kann.

*»Die Beschäftigten* [sind gefordert]*, mit ersten Aktionen, Kundgebungen und Warnstreiks – mit Impulsen von unten – mehr Bewegung in die Verhandlungen zu bringen.«* Gestärkt werden solle dadurch die Verhandlungsführung der Gewerkschaften. Durch die Warnstreiks wurden die Arbeitgeber politisch und in einigen Bereichen auch ökonomisch unter Druck gesetzt. Die Beteiligung an den Warnstreiks gab aber auch Einblick in die praktische Bereitschaft der organisierten Mitglieder, für ihre Forderung zu kämpfen.

### Die wesentlichen Forderungen der ver.di-BTK und der BTK des dbb tarifunion

- Erhöhung der Tabellenentgelte des TVöD, des TV-V und der TV-N um einen Grundbetrag von 100 Euro sowie um weitere 3,5 Prozent,
- Erhöhung der Entgelte der Auszubildenden und der PraktikantInnen um 100,- Euro monatlich.
- Die Laufzeit soll 12 Monate nicht übersteigen.
- Die Ergebnisse sollen zeit- und inhaltsgleich auf die Beamten sowie die Versorgungsempfänger des Bundes übertragen werden.
- Die Dauer des Erholungsurlaubs soll einheitlich für alle Beschäftigten einschließlich der Auszubildenden und Praktikanten 30 Arbeitstage im Jahr betragen.
- Für die Beschäftigten im Nahverkehr soll eine Nahverkehrszulage von 70 Euro monatlich gezahlt werden.
- Verbindliche Regelung zur unbefristeten Übernahme nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung.
- Sachgrundlose Befristungen sollen tarifvertraglich ausgeschlossen werden

Außerdem bekräftigte die BTK öD ihre Forderung nach einer tarifvertraglichen Regelung zur sozialen Absicherung der Beschäftigten im Bereich der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes bei Umstrukturierungsmaßnahmen.

### Die Reaktionen der Arbeitgeber

Thomas de Maizière (CDU) wiest die Forderungen als *»maßlos überzogen«* zurück, weil dadurch Milliarden Mehrkosten beim Bund und den Gemeinden entstünden. Nach wie vor seien die Öffentlichen Haushalte, insbesondere die der Kommunen, hochverschuldet. Beim Bund erwarte Thomas de Maizière Mehrkosten in Höhe von 2 Milliarden Euro. Nach Auffassung von Dr. Thomas Böhle (VKA) »*haben die Forderungen ein Volumen von sechs Milliarden Euro. Das ist für die Kommunen schlicht nicht darstellbar… Das Argument ‚Nachholbedarf' zieht nicht. Die Gehaltstabelle des Tarifvertrages TVöD ist seit 2008 um 19,5 Prozent gestiegen. Die Zugewinne in den unteren Entgeltgruppen waren noch höher. In der letzten Tarifrunde haben wir Steigerungen von 6,3 Prozent vereinbart. Es gibt nichts nachzuholen.*«

Dr. Thomas Böhle wendete sich insbesondere gegen den geforderten Sockelbetrag und warf den Gewerkschaften vor, öffentliche Arbeitsplätze zu gefährden. *»Mit einem Sockelbetrag steigen die Gehälter in den unteren und mittleren Entgeltgruppen überproportional stark. Hier liegen wir aber schon jetzt über den Tarifen der Privatwirtschaft. Wenn wir weiter draufsatteln, steigt der Druck auf die Kommunen zu Privatisierungen, Outsourcing und Fremdvergabe… Ein Sockelbetrag führt damit letztlich zum Abbau von öffentlichen Arbeitsplätzen.«* Davon seien vor allem die Dienstleistungsbereiche betroffen, *»die im Wettbewerb stehen und Ausschreibungen gewinnen müssen, z.B. in der Entsorgung oder im Nahverkehr.«* Für völlig abwegig hielt er die gesonderte Forderung um weitere 70 EUR für den Nahverkehr. Die VKA begründete die Ablehnung damit, dass *»eine Sonderbelastung für den Nahverkehr durch einen zusätzlichen Anstieg der Lohnkosten … Wettbewerbsfähigkeit kommunaler Nahverkehrsunternehmen weiter …schwächt. Bei privaten Mitbewerbern vereinbaren die Gewerkschaften, die für den öffentlichen Nahverkehr überproportionale Steigerungen fordern, wesentlich geringere Tarife.«* Abgelehnt wurde auch die Forderung nach 30 Tagen Urlaub für alle, da den Gemeinden dadurch Mehrkosten von 138 Millionen Euro pro Jahr entstünden. Die tarifvertragliche Übernahme der Auszubildenden nach bestandener Ausbildung lehnen sie ab, da sie dann nicht mehr über Bedarf ausbilden würden. Sie böten Ausbildungsplätze und damit erhöhte Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Sie hielten an der 2012 geschlossenen Übernahmeregelung fest. *»Der Tarifvertrag garantiert allen Auszubildenden eine zunächst befristete Übernahme von einem Jahr; und danach eine Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis, sofern ein dienstlicher/betrieblicher Bedarf besteht.«*

---

6) der Flughäfen, der Ver- und Entsorgungsbetriebe (insbesondere der Energiebetriebe), der Krankenhäuser und der Nahverkehrsbetriebe. Vgl. hierzu *»Der angekündigte Streik, der doch nicht geführt wurde«* in ARPO 3/2012
7) ver.di Pressemeldung vom 16.03.2014
8) VKA, Presseinformation 11. Februar 2014
9) VKA, Presseinformation 11. Februar 2014
10) VKA, Presseinformation 11. Februar 2014
11) VKA, Pressemappe der VKA zur Tarifrunde 2014, Potsdam, März 2014, S. 14
12) VKA, Pressemappe der VKA zur Tarifrunde 2014, Potsdam, März 2014, S. 12
13) VKA, TARIFINFO der VKA, 30. JULI 2013
14) VKA, Tarifinfo vom 09.07.2013
15) Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Presseklärung vom 30.04.2013
16) http://www.verkehrsrundschau.de vom 09.09.2013
17) vgl. Der Spiegel 13.03.2014

## Besonderheiten in Fachbereichen

**Flughäfen:** Für die Beschäftigten auf den Flughäfen kam im Juli 2013 der in der Tarifverhandlung 2012 zugesagte Tarifvertrag über eine Ertragsbeteiligung der Beschäftigten an den Flughäfen zum Abschluss. Er sah einen Anspruch auf jährliche Ertragsbeteiligung in Höhe von 250,00 EUR vor. Sie vermindert sich auf 100 EUR bei negativen Jahresergebnissen in den letzten drei Geschäftsjahren. Sie erhöht sich auf:

a) 450 EUR bei positiven Jahresergebnis im letzten Geschäftsjahr,

b) 600 EUR bei positiven Jahresergebnissen in den letzten drei Geschäftsjahren und

c) 700 EUR bei positiven Jahresergebnissen in den letzten drei Geschäftsjahren und bei zusätzlich über dem im verabschiedeten Wirtschaftsplan ausgewiesenen Ergebnis des letzten Geschäftsjahres.

Maßgeblich ist das testierte Jahresergebnis vor Ergebnisabführungen oder Ergebniszuführungen, Ausschüttung von Dividenden/Gewinnen oder sonstigen Abführungen an Anteilseigner. Der TV sieht jedoch Einschränkungen vor: So sollen *»in Fällen von Sanierungs- und Notlagentarifverträgen Probleme in Folge zusätzlicher Belastungen durch diesen Tarifvertrag auf der Landesebene gelöst werden.«*[13)]

**Nahverkehr** Nach einer 2008 getroffenen Vereinbarung schlossen am 3. Juli 2013 ver.di und die Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeber in Baden-Württemberg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Sachsen den Tarifvertrag »Demografie Nahverkehr« ab. *»Ziel des Tarifvertrages ist es, den demografischen Wandel in den Nahverkehrsunternehmen mit zu gestalten und die Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit der Beschäftigten bis zur Rente zu erhalten.«* [14)]

Der TV sieht eine Demografieanalyse vor, aus der betriebliche Maßnahmen ergriffen werden sollen. Diese sollen zwischen Betriebsrat und dem Arbeitgeber abgestimmt werden. Bei diesen Maßnahmen handelt es sich um: Gesundheitsförderung und Gesundheitsmanagement, Arbeitsorganisation und Arbeitsplatzgestaltung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Berufliche Erstausbildung Wissensmanagement und -transfer, besondere Regelungen bei Leistungsminderung sowie Qualifizierung, Zusatzqualifizierung und/oder Umschulung. Die Beschäftigten sind zur Teilnahme an den Maßnahmen verpflichtet. Zur Finanzierung sind die Unternehmen verpflichtet, ein Demografiebudget in Höhe von einem Prozent der Monatsentgelte (inkl. Jahressonderzahlung) zur Verfügung zu stellen. Auch die Beschäftigten können in einer Betriebsvereinbarung dazu verpflichtet werden, sich mit bis 1 Prozent ihres Gehaltes an den Maßnahmen zu beteiligen.

## Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes

Die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung soll umgebaut werden. Bei der Reform gehe es nach Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer darum, eine wirtschaftliche, leistungsfähige und zukunftsfähige Verwaltung für die Wasserstraßen zu schaffen. *»Wir werden die Reform nun Schritt für Schritt und zwar gemeinsam mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern umsetzen: Es wird weder betriebsbedingte Kündigungen noch Versetzungen gegen den Willen der Beschäftigten geben.*[15)]«. Ver.di befürchtet, dass trotz dieser Zusage 3.000 der 12.000 Stellen wegfallen würden. Sie fordert deshalb einen Tarifvertrag zur Absicherung der Arbeitsplätze. Bei der Urabstimmung Ende April 2013 stimmten über 95 Prozent der ver.di-Mitglieder in der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung für den Streik. Anfang Juli traten die Schleusenwärter in den Streik. Bestreikt wurden abwechselnd verschiedene wichtige Schleusen in der BRD. Am 9.09.2013 setzte ver.di den Streik nach Worten von Achim Meerkamp (verdi-Bundesvorstandsmitglied) aus, da die *»vorgelegte Erklärung der Bundesminister für Verkehr, Inneres und Finanzen Anknüpfungspunkte für weitere Gespräche«*[16)] biete. Bis zur Tarifrunde 2014 tat sich jedoch nichts.

## Hochqualifizierte

Um IT-Fachkräfte und Fachärzte gewinnen und binden zu können, erlässt die VKA Richtlinien. Die 2011 erlassene Richtlinie für IT-Fachkräfte sieht eine monatliche Zulage von bis zu 1.000 EUR vor. Sie kann für einen Zeitraum von längstens fünf Jahren gewährt werden. Die Richtlinie betrifft die EG 9 bis 15. Bei den nach dem 31.3.2012 neu eingestellten Fachärzten kann eine monatliche Zulage in Höhe von bis zu 10 Prozent der Stufe 2 der EG 15 gezahlt werden.

## Verhandlungen und Warnstreiks

Die Tarifverhandlungen begannen am 13.3.2014 in Potsdam. Bereits am Vortag hatte Thomas De Maizière angedeutet, dass die Arbeitgeber kein Angebot machen würden. Die Gewerkschaften forderte er dazu auf, Abstriche von den hohen Forderungen zu machen. Frank Bsirske begründete die Forderungen damit, dass spürbare Lohnerhöhungen den öffentlichen Dienst attraktiver machen würden. Die Gewerkschaften erwarteten ein verhandlungsfähiges Angebot der Arbeitgeber. Wenn dieses ausbleibe, dann müsse mit Reaktionen aus den Betrieben gerechnet werden[17)]. Wie bereits angekündigt und von den Gewerkschaften erwartet, machten die Arbeitgeber kein Angebot.

An den Warnstreiks in der ersten Streikwoche (17. bis 19. 3. 2014) beteiligten sich bundesweit mehr als 110.000 Beschäftigte, was lediglich einem Anteil von 5,2 Prozent der Beschäftigten entspricht.

Die zweite Verhandlungsrunde am 20./21.3.2014 brachte keine wesentliche Annäherung. Die Gewerkschaften riefen erneut zu Warnstreiks auf (24. bis 27.03.2014), an denen sich bundesweit mehr als 200.000 Beschäftigte beteiligten (9,5 Prozent). Die höhere Beteiligung erklärt sich damit, dass die Beschäftigten des Nahverkehrs am 26.3. und 27.3 in den Ausstand traten und am 27.3. die Beschäftigten der Flughäfen streikten.

Auf einer der vier zentralen Kundgebungen in NRW am 27.3.2014 in Dortmund, an der sich rund 24.000 KollegInnen beteiligten, unterstrich Achim Meerkamp unter dem Motto ***»Wir sind es wert«*** nochmals das Forderungspaket der Gewerkschaften. Er betonte, dass es die Beschäftigten in den Verwaltungen und Betrieben bei Bund und Gemeinden seien, die tagtäglich die Dienstleitungen erbrächten und deswegen für gute Arbeit auch gutes Geld erwarteten. Ebenfalls unterstrich er die Forderung nach unbefristeter Übernahme der Auszubildenden. An den beiden Warnstreikwellen beteiligten sich rund 310.000 KollegInnen. Zwei Jahre zuvor hatten sich noch rund 346.000 Kollginnen und Kollegen beteiligt.

Trotz der beachtlichen Beteiligung waren bei Weitem nicht alle Mitglieder aktiv, insbesondere im Bereich der Angestellten. Ehemals aktive Bereiche, wie z.B. organisierte Sozialarbeiter, beteiligten sich kaum mehr an den Streiks. Auch ein Teil der Arbeiter zog sich zurück. Sie wollten nicht für die »Besserverdienenden« die Kohlen aus dem Feuer holen. Nichtstreikende Angestellte, deren Gruppe die Mehrheit der Beschäftigten bei Bund und Kommunen stellt, argumentierten, dass dann ihre Arbeit liegen bleibe und meinten, dass sie sich dadurch selbst schaden würden.

Würde man dieser Argumentation folgen, dürfte man weder krank werden noch Urlaub einreichen. Viele Inaktive sind der Auffassung, ihre Beteiligung werde nicht bemerkt

und sei daher wirkungslos. An den Warnstreiks beteiligten sich auch Unorganisierte, die für die Teilnahme Urlaub nahmen oder Überstunden abfeierten. Im Vergleich zu ihren streikabstinenten, organisierten Kollegen verhalten sie sich zwar ambivalent, aber auf jeden Fall engagierter, da sie den Streikenden nicht in den Rücken fallen. Eine Wirkung auf die Arbeitgeber erzielen sie aber nicht. Die fürchten sich in der Regel nur vor den wirklich Streikenden ihrer Verwaltung bzw. ihres Betriebes. Ein wesentliches Problem besteht darin, dass die Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen nicht dazu bereit ist, sich zu organisieren. Es gelingt ver.di nicht, die besser Verdienenden zu organisieren und in die gewerkschaftliche Arbeit einzubinden.

## Das Verhandlungsergebnis

Das in der dritten Verhandlungsrunde am 31.3./ 1.4.2014 erzielte Ergebnis sieht im wesentlichen vor, die Tabellenentgelte der Beschäftigten ab 1.3.2014 um 3 Prozent, mindestens aber 90 EUR und ab 1.3.2015 um weitere 2,4 Prozent zu erhöhen. Die Entgelte der Auszubildenden und Praktikanten werden ab 1.3.2014 um einen Festbetrag in Höhe von 40,00 EUR und ab 1.3.2015 um einen Festbetrag in Höhe von 20 EUR erhöht.

Die Regelung über die Übernahme von Auszubildenden von 2012 tritt ab 1.3.2014 wieder in Kraft.

Der Tarifvertrag über die Tabellenentgelte und die Übernahme der Auszubildenden läuft bis zum 29.2.2016.

Der Urlaubsanspruch für Tarifbeschäftigte beträgt ab dem Urlaubsjahr 2014 bei Verteilung der Arbeitszeit auf fünf Tage pro Kalenderwoche 30 Arbeitstage.

Der Urlaubsanspruch für Auszubildenden und Praktikanten beträgt ab dem Urlaubsjahr 2014 bei Verteilung der wöchentlichen Ausbildungszeit auf fünf Tage pro Kalenderwoche 28 Arbeitstage.

Zur sozialen Absicherung der Beschäftigten in der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung hat *»de Maizière in einem Brief an den ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske die Zusagen zur sozialen Absicherung der Beschäftigten in der Wasser- und Schiff-fahrtsverwaltung aus Anlass der WSV-Reform bestätigt und verbessert.«*[18] Einen Tarifvertrag gibt es jedoch nicht.

Der Bund und die Gewerkschaften verständigten sich darauf, die Entwicklung befristeter Beschäftigungsverhältnisse im öffentlichen Dienst bis September 2015 wissenschaftlich aufarbeiten und bewerten zu lassen.

Das erzielte Verhandlungsergebnis führte ver.di auf die beeindruckende Streikwelle mit über 300.000 Streikenden zurück. Die BTK stimmt dem Verhandlungsergebnis zu und empfahl den Mitgliedern, ebenfalls zuzustimmen.

## Die Reaktion der Mitglieder…

An dem Verhandlungsergebnis wird wenig Kritik geübt. Kritik kam am ehesten von den Beschäftigten der Nahverkehrsbetriebe, deren Forderung nach der Nahverkehrszulage von mtl. 70 EUR hinten runtergefallen ist. Der Abschluss kommt insbesondere den Beschäftigten mit Einkommen bis 3.000 EUR entgegen, erhalten sie doch an 1.3.2014 mtl. 90 EUR auf die Tabellenentgelte und weitere 2,4 Prozent ab 1.3.2015. In der abschließenden Mitgliederbefragung stimmten 87,3 Prozent der befragten dem Ergebnis zu. Am 28.4.2014 nimmt die BTK das Verhandlungsergebnis mit 70 Ja-Stimmen und zwei Nein-Stimmen an.

Die zweijährige Laufzeit dürfte nur einen Teil der Gewerkschafter stören. Geht es doch bei der Laufzeit von einem Jahr darum, wieder eine gemeinsame Tarifrunde mit Bund, Ländern und Gemeinden zu führen. Insbesondere der Tarifgemeinschaft der Länder dürfte dies ein Dorn im Auge sein: haben sie doch dann die noch kampfstärkeren Truppen der Gemeinden am Hals.

## Unser Resümee

Unter Führung von ver.di konnten die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes mit zwei von der Presse massiv dargestellten Streikwellen die Forderung der Mitglieder nach einer tabellenwirksamen, überproportionalen Anhebung der niedrigeren Einkommen tabellenwirksam durchsetzen. Zudem wurde erreicht, dass alle Beschäftigten 30 Tage Urlaub im Jahr haben. Dieses unerwartete Verhandlungsergebnis konnten die Bundestarifkommissionen der beteiligten Gewerkschaften trotz der zweijährigen Laufzeit, der **Nichtdurchsetzbarkeit der Nahverkehrszulage** und der **Nichtdurchsetzbarkeit der unbefristeten Übernahme der Auszubildenden** nicht ablehnen. Intern hatte sich ver.di auf einen 4-wöchigen Flexi-Streik vorbereitet. Diese Streiktaktik deutet darauf hin, dass die Streikkasse geschont werden sollte.

Die Tarifverhandlung muss im Zusammenhang verschiedener Bedingungen und wirtschaftlicher Eckpunkte bewertet werden: Die Tarifverhandlungen und Streikaktionen fanden vor dem Hintergrund eines Wirtschaftsbooms statt, der Finanzmittel auch in die öffentlichen Kassen gespült hat, wie lange Zeit nicht mehr. Einzelne jammernde Kommunen und schwächelnde Wirtschaftszweige mussten als Angstmacher und Aktionsbremsen herhalten. **Doch kann es nicht Aufgabe der Gewerkschaften sein, die Verteilungsprobleme des Staates und seiner einzelnen Glieder zu verantworten.**

Die führende Politikkaste hat dieses Mal eher die Notwendigkeit zum Beitrag zur Binnenkonjunktur durch den Tarifabschluss herausgestellt als zur Mäßigung aufgefordert – nicht zuletzt aufgrund der Kritik von Resteuropa am niedrigen deutschen Lohnniveau – gemessen an der Wirtschaftsleistung.

Wenn jedoch von einigen linken Positionen kritisiert wird, dass der Abschluss zu niedrig ausgefallen sei, wird dabei einiges außer Acht gelassen: **ver.di ist unter den gegenwärtigen Bedingungen kaum in der Lage, einen längeren Flächenstreik zu führen. Dafür sind die Finanzmittel nicht vorhanden** (Mitgliederschwund, Nachwirkungen der Neue-Heimat-Krise, kostspieliger Verwaltungsapparat, u.a.). **Zwar wären die DGB-Gewerkschaften zur Solidarität bei Finanzengpässen im Streikfall verpflichtet, aber dann hätten die IG Metall und IG BCE auch Mitentscheidungsrechte …**

ver.di ist innerorganisatorisch stark mit sich selbst beschäftigt. Es muss weiterhin Personal eingespart werden. Unter anderem soll die Rechtsberatung der in Konflikt mit dem Arbeitgeber geratenen einzelnen Mitglieder (wesentlich für die Mitgliedergewinnung und -bindung) von den lokalen Stellen zu landeszentralen Stellen übergeleitet werden und im Regelfall telefonisch stattfinden.

Strategisch ist es nicht gelungen, diesen Tarifkampf für neue Mitgliedergewinnung zu nutzen und mehr Beschäftigte aktiv in die Streikvorbereitung einzubeziehen.

Der geschilderte Zusammenhang spiegelt nicht nur die Situation der abgelaufenen Tarifrunde wieder, sondern wird sich für ver.di auch 2016 als ungelöstes Problem stellen. Wenn es der Gewerkschaft nicht gelingt, Kampfkraft neu zu organisieren, werden die »Arbeitgeber« deren Durchsetzungsstärke noch weniger Ernst nehmen.

**Für die Arbeiterschaft macht eine Gewerkschaft nur Sinn, wenn sie in der Lage ist, die primären Interessen zu verteidigen und auszubauen: das sind die Lohn und Arbeitsbedingungen.** 29. 7. 14 ■

18) Ver.di, Tarifbewegung 2014, Wasser- und Schifffahrtsverwaltung vom 02.04.2014

# Neuorganisierung der Lohnarbeit am Beispiel Stahlproduktion Bremen

**Kommentar zum Buch:**
*Globale Unternehmen Lokale Interessenvertretung Stahl-Betriebsräte »vor Ort«: machtvoll & ohnmächtig? Bremen als Beispiel*
(VSA-Verlag, ISBN 978-3-89965-436-3) 2013

Die vorliegende Schrift wurde im Wesentlichen zusammengestellt von Dr. Wilfried Kruse und seinem Mitarbeiter Daniel Tesch vom **Dortmunder Institut für Sozialforschung**. Sie setzt sich zusammen aus einem Redebeitrag Klaus Herings auf der Veranstaltung »100 Jahre Hochofen Bremen«, (im März 2011) einigen Interviews mit dem jetzigen BR-Vorsitzenden Klaus Hering, dem ehemaligen BR-Vorsitzenden Michael Breitbach und ausführlichen Betrachtungen Dr. Kruses über Probleme der Stahlindustrie und dem Verhältnis zwischen der Unternehmensleitung, dem Betriebsrat (BR), den Gewerkschaften und den Stahlarbeitern. In mehr als 18 Beiträgen werden Artikel weiterer Sozialforscher, Mitglieder des Aufsichtsrates (AR), Vorstandsmitglieder der IG Metall und der Bremer IG Metall Ortsverwaltung eingefügt. Hervorzuheben sind die ausführlichen Beiträge des Managements des Bremer ArcelorMittal-Werks und der Konzernspitze. Die ehemaligen Bremer Bürgermeister Hans Koschnick und Henning Scherf, beide auch zeitweise AR-Mitglieder auf der Arbeitnehmerseite, begründen in Beiträgen ihre Zustimmung zum Rationalisierungsprogramm FIT[1]. Auffällig ist, dass keine Stellungnahme eines Stahlarbeiters und nur 2 Beiträge noch amtierender Betriebsräte Platz finden.

Ein Beitrag, der sich ablehnend mit dem TPM-Programm (Total Productive Management)[2] auseinandersetzt (Oktober 2006), stammt vom ehemaligen BR-Mitglied der Gruppe Arbeiterpolitik, Gerd Balko. Mit Ausnahme dieses Beitrags wird in allen Darstellungen und Beiträgen weiterer Autoren die Notwendigkeit und die kritiklose Zustimmung zur Veränderung der Arbeitsorganisation, den Rationalisierungsmaßnahmen Arcelors, bzw. ArcelorMittals und der Unterordnung des Betriebrats und der IG Metall-Vertreter begründet. Dabei ging es immerhin um die Aussortierung von Kolleg(inn)en durch Kolleg(inn)en.

Welche Veränderungen in den Konzernen liegen dieser totalen Unterwerfung unter die Unternehmenspolitik zugrunde? Nach Jahren praktischer Erfahrungen mit dieser Unternehmenspolitik ist es notwendig, dem Inhalt dieser Politik auf den Grund zu gehen und sich mit den Auswirkungen auf die Beschäftigten auseinanderzusetzen. Wir nehmen das Buch »Globale Unternehmen – Lokale Interessensvertretung« als Anlass dazu.

Wir kritisieren nicht die erforderlichen Investitionen in die Modernisierung der technischen Anlagen und die sich daraus ergebenen Anforderungen an die Qualifikation der Beschäftigten und deren Einsatzmöglichkeiten. Wir werden deutlich machen, weshalb sich in der Sozialen Marktwirtschaft, sprich im Kapitalismus, Betriebsräte und die IG Metall den Profitinteressen der Stahlkonzerne unterordnen und welche Folgen das für die abhängig Beschäftigten hat.

## Die IG Metall organisiert die Zustimmung des Betriebsrates zum FIT-Programm

Die Einbindung der Belegschaft in die Zielsetzung Konkurrenzfähigkeit und möglichst hohe Profite war und ist in allen Konzernen durchgeführt worden. Bei Airbus z.B. wurde die Belegschaft mit einem Zukunftstarifvertrag dafür gewonnen, ihr Wissen, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten in die globale Konkurrenzfähigkeit des Unternehmens einzubringen. Sie wussten, dass die Belegschaftsmitlieder ihre auszusortierenden Kollegen selber am besten kennen. Bei Arcelor Bremen stimmten die IG Metall und der BR dem FIT-Programm (2002 – 2006) und der Einführung von TPM (seit 2005) zu. Aus diesem Kreis stammen die Worte *»Wir wollen das nicht erdulden, sondern mitgestalten.«*

Am 19. September 2002 beschloss der paritätisch besetzte Aufsichtsrat (AR) von Arcelor mit den Stimmen der Arbeitnehmervertreter einstimmig das FIT-Rationalisierungsprogramm für das Bremer Werk.

Einige Tage zuvor, am 16. August hatte ein Treffen in einem Gasthaus in der näheren Umbebung Bremens stattgefunden, zu dem das Vorstandsmitglied der IGM und Chef des Zweigbüros Düsseldorf eingeladen hatte. Es nahmen teil Dr. Wilfried Kruse von der Sozialforschungsstelle Dortmund, weitere Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmerseite, die Leitung des Betriebsrats sowie die VK-Leitungsspitze, der Arbeitdirektor von Arcelor und Vorstandsmitglieder der IGM. Bei diesem Treffen ging es darum, die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat (AR) und den Betriebsrat auf die Zustimmung zum FIT-Programm einzustimmen. Die IGM hatte mit Arcelor vereinbart, dass Wilfried Kruse mit Bezahlung durch Arcelor für die nächsten 10 Jahre als Berater des Betriebsrats tätig sein würde. Sein Auftrag lautete, im Sinne einer Zustimmung des BR tätig zu sein. Weiterhin wurde seitens des Senats der Hansestadt Bremen eine Vertreterin der Agentur für Personalentwickelung (AGS), die Dipl. Soziologin Frau Bohnenkamp, als weitere Beraterin des BR bestellt, auch um die Zustimmung des Betriebsrats zur Unterordnung unter die notwendigen Personaleinschnitte zu sichern. Wie Dr. Kruse, nahm auch Frau Bohnenkamp für die nächsten Jahre diese Aufgabe wahr. Selbst heute noch, 12 Jahre nach der Zustimmung des Betriebsrats zum »FIT-Prozess« arbeitet beim Betriebsrat der Sozialwissenschaftler Daniel Tesch. Wie Dr. Kruse kommt auch er von dem Sozialwissenschaftlichen Institut Dortmund und steht auf der Gehaltsliste von ArcelorMittal.

Wenige Tage nach dem Gaststättengespräch erfolgte die mehrheitliche Zustimmung des Betriebsrates zum FIT-Plan. Einige Tage später drohte ein Vorstandsmitglied von Arcelor der Belegschaft auf einer Betriebsversammlung an, das dass Werk geschlossen würde, wenn die Belegschaft dem FIT-Plan nicht zustimme. Diese Aussage wiederholte er eindringlich mehrere Male.

Dieser radikale Kurswechsel des Betriebsrates, flankiert von der IG Metall, ist symptomatisch für das Verhalten der Betriebsräte der gesamten deutschen Industrie zu der Zeit. Allerdings: In keinem deutschen Großunternehmen ist so deutlich geworden, welchen Einfluss der Vorstand der IGM

1) FIT, ein Konzept zur Kostensenkung, Reduzierung der Belegschaft und gleichzeitigen Erhöhung der Produktivität,
2) TPM, ursprünglich »Total Productive Maintenance«, ein Programm zur Vermeidung von Fehlern, Ausfällen usw. bei der Instandhaltung der Produktionsanlagen

nimmt, um sich im Rahmen der Mitbestimmung den neuen Koordinaten der Unternehmer-Politik unterzuordnen.

### Veränderungen in der Ausbeutung, ständig in Konkurrenz

Um zu ständigen Produktivitätssteigerungen zu gelangen, verändern die Kapitalisten seit Anfang der 1990er Jahre landauf, landab die Arbeitswelt in den Betrieben: Die Beschäftigten erfahren eine zunehmende Flexibilisierung der Beschäftigung, der Arbeitszeit und des Arbeitsortes. Die nun schon über Generationen bekannte Regulierung der Arbeit durch unmittelbare Kontrolle und Antreibung durch Vorgesetzte (z.B. Meister, Vorarbeiter) ist seit den 1990er Jahren abgebaut, weil sie sich als **hemmend für die Produktivkraftentwicklung** erwiesen hatte. Betriebsräte sahen und sehen in diesem Prozess positive Elemente für die Belegschaften: Können sich die Kollegen nun nicht freier entfalten? Werden sie nicht jetzt mit den von ihnen geforderten Initiativen als Menschen anerkannt? Linke gewerkschaftliche Vertrauensleute haben sich gefragt: Ist das nicht ein Schritt in die Richtung Selbstverwirklichung, wie wir es uns im Sozialismus vorstellen; müssen wir deshalb so etwas nicht unterstützen?

Waren die Beschäftigten unter dem Meister/Vorarbeiter dem Konkurrenzkampf nur mittelbar ausgesetzt, so sind sie es durch seinen Wegfall nun direkt. Dadurch sind sie gezwungen, sich selber dem Konkurrenzkampf zu stellen. Auf der Hütte wurden für die Instandhaltung der Anlagen Teams geschaffen, in deren Verantwortung die Anlagenzuverlässigkeit und die Verfahrenssicherheit der elektronisch gesteuerten Produktion gelegt wurden. Statt körperlicher Schlosser- bzw. Elektrikerarbeit ist es heute mehr Kopfarbeit am Computer. Teamgeist- und Fähigkeit sind hier also gefordert. Doch Erfahrungen zeigen, dass das Konkurrenzdenken, das im Kapitalismus dominiert, auch hier eindringt. Erfahrungen in verschiedenen Konzernen haben gezeigt: Nur die solidarische Haltung bewusster Gewerkschafter ist bei der Arbeit in Gruppen ein Schutz für die Schwächeren unter den Kollegen.

Sich selber kreativ einbringen um den eigenen Arbeitsplatz zu verteidigen und sich dabei persönlich am Arbeitsplatz entfalten zu können, erscheint als ein Stück Freiheit – bedeutet aber gleichzeitig, sich selber erhöht ausbeuten zu lassen. Der Unternehmer nutzt den Zwang, den der Konkurrenzkampf ausübt, um zu erreichen, dass sich der ganze Mensch mit seinem Wissen um den Produktionsprozess und seiner Problemlösungskompetenz aus eigenem Willen zur Gewinnsteigerung einbringt. Wir haben es also mit einer indirekten Steuerung zu tun.

Ganz gezielt werden Kennziffern über Kosten und Effizienz transparent gemacht: Kollegen werden damit innerbetrieblich zueinander, verschiedene Standorte eines Konzerns zueinander in einem Benchmarking[3)] und die Gesamtbelegschaft eines Konzerns zu den Belegschaften anderer Konzerne in Konkurrenz gesetzt. Das geschieht selbst im Pflegebereich des Gesundheitswesens, wo es den Konzernen auch um steigenden Profit geht.

Der Betriebsrat agiert unter dem ständigen Druck des Benchmarking-Systems. Alle Bereiche des Konzerns, die Produktion, Kosten, Qualität, Absatz, Lohnniveau und Kostennutzenanalyse werden fortlaufend mit einander verglichen. Das gilt sowohl für den Vorstand wie für den Betriebsrat und andere Betriebsorgane. Es macht nicht einmal Halt vor den Arbeitern einzelner Betriebsaggregate, wie z.B. Walzgerüste auf der Hütte.

Die Beschäftigten innerbetrieblich zu einander in Konkurrenz zu setzen, ist zum allgemeinen Prinzip geworden. So nutzen z.B. junge, vitale Beschäftigte die Freiheiten, die ihnen die auferlegte Selbstverantwortung bietet und bedrängen damit ältere Kolleg(inn)en, die sich im Arbeitsprozess schon weitgehend verschlissen haben. In diesem Prozess können sich dann auch Ungelernte für neue Tätigkeiten qualifizieren, Facharbeiter in die noch vorhandene Hierarchie aufsteigen.

In der Flugzeugproduktion zeigt sich die Konkurrenz z.B. darin, dass die Qualitätssicherung ihre Daseinsberechtigung immer wieder beweisen muss, indem sie verpflichtet ist, Mängel der Fertigung zu dokumentieren. Und bei den Energieversorgern sind die Energieverkäufer nicht nur der Konkurrenz anderer Konzerne, sondern auch einem innerbetrieblichen Vergleich ausgesetzt. Auch die Gewerkschaft ver.di will hier nicht darauf warten, dass der Arbeitgeber etwas vorlegt, sondern ein eigenes Tarifwerk vorlegen, das auf Leistungsorientierung und Flexibilität ausgerichtet ist!

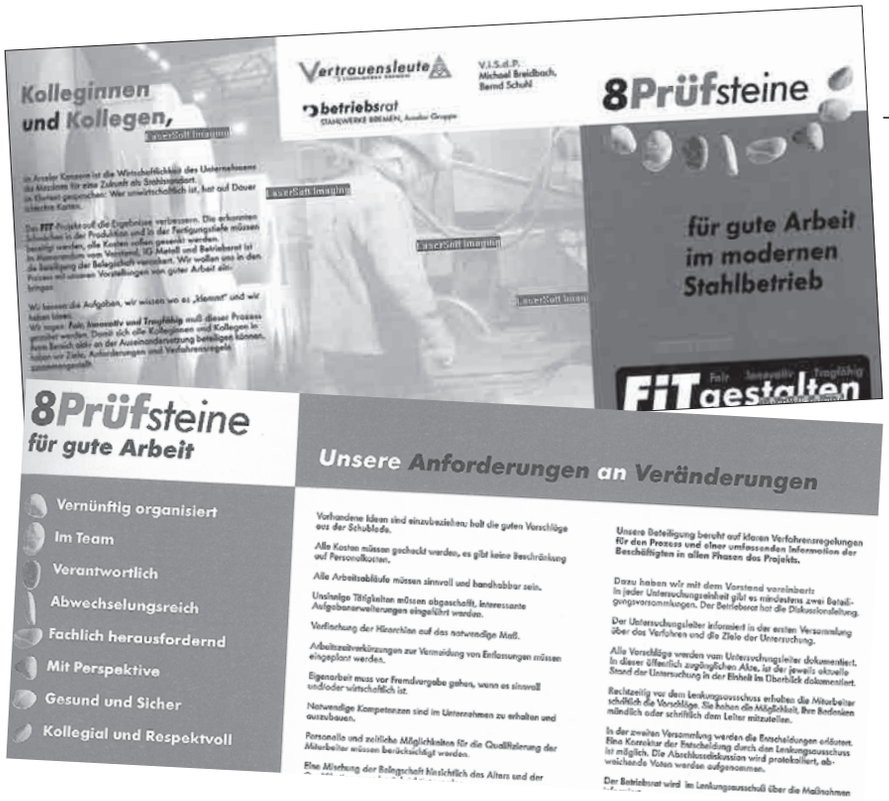
So wird der Markt zum Motor einer dauernden Reorganisation der inneren Strukturen des Unternehmens genutzt. Ausgliederungen und Profit-Center sollen bewusst die Frage nach den Kosten und dem Wirkungsgrad im Unternehmen in den Vordergrund stellen: Es geht um den global gesehen höchstmöglichen Gewinn. Werkverträge betreffen längst nicht nur den Dienstleistungsbereich von Unternehmen. Über ihr Ausmaß gibt es bundesweit keine konkreten Zahlen, denn statistisch gehören sie zum Einkauf. Auch ehemalige Kernbereiche der Produktion werden inzwischen fremdvergeben, z.B. in der Produktentwicklung oder bei Montagearbeiten. Ein Betriebsrat kann also unter diesen Umständen schwerlich Überblick über die Gesamtheit der Beschäftigten bekommen. Es gehört schon Kampf dazu. Und so hat er dann auch kaum Kenntnis darüber, dass Werkvertragsbeschäftigte die gleiche Arbeit wie Stammbeschäftigte verrichten, also in den Ablauf des Betriebes eingegliedert sind – jedoch einen geringeren Lohn erhalten. Außerdem gehören diese Beschäftigten nicht offiziell zu denen, die er vertritt, sie sind also in einem besonders prekären Arbeitsverhältnis.

### Ausgeliefert sein

Wie in anderen Unternehmen, so wird auch auf der Bremer Hütte eine eigene Philosophie propagiert: »Wir sind Arcelor« ist die neue Devise geworden, die in großen Lettern von den Hallenwänden prangte. Ein Vorstandsmitglied versuchte der Belegschaft einzuimpfen, sie sollte so handeln und arbeiten, als wenn der Betrieb ihr Eigentum sei. Dabei hatte er noch einige Tage zuvor auf einer Betriebsversammlung damit gedroht, bei Nichtannahme des FIT-Programms das Werk zu schließen. Schon Gerd Balko hat in seinem Beitrag (Arbeiterpolitik, 31. Oktober 2006) von *»dem totalen Aussaugen der Arbeiter«* geschrieben und davor gewarnt, dass der Unternehmer nunmehr auch mit TPM in die Köpfe seiner Arbeiter will, um auch ihren Geist und Willen zu usurpieren (widerrechtlich zu besitzen).

Wurde in der jahrzehntelang gewohnten Massenproduktion die Arbeit des einzelnen Arbeiters in kleine, standardisierte und schneller durchführbare Schritte zerlegt, um z.B. am Fließband die größte Ausnutzung von Maschinen und Arbeitskraft zu erreichen, so sind es sind heute neue, selbstorganisierte Arbeitsformen, eine ergebnis- und erfolgsorientierter Leistungspolitik, die von den Unternehmern ein- bzw. schon durchgeführt werden. Die lohnabhängig Beschäftigten erhalten Verantwortung für die Produkte und deren Rentabilität. Von ihnen – Unselbständigen – wird damit Selbständigkeit bei ihrer Arbeit erwartet: Hauptsache, der Profit stimmt. Neue Arbeitszeitformen

3) Die vergleichende Analyse von Ergebnissen oder Prozessen mit einem festgelegten Bezugswert




zielen auch auf die individuelle Flexibilität von Beschäftigten: Vertrauensarbeitszeit. Erst der Abbau von Hierarchie im Betrieb macht die Steuerung durch den Markt möglich.

Informationstechnologie und Standardisierung machen die Produktion für die Konzernführung transparent und ermöglichen ihr jederzeit einen Zugriff. Sie kann die Arbeit der Beschäftigten damit vergleichen, bewerten und austauschen. Stark zugenommen hat die Vereinzelung der Kolleg(inn)en an ihren Arbeitsplätzen. Indem ihnen der Markt vor Augen gehalten wird, sehen sie sich ständigen Bewährungssituationen ausgesetzt und damit als ersetzbar. Den Kapitalmarkt- und den Konzernstrategien unmittelbar ausgeliefert, werden sie verunsichert und diszipliniert.

Die Anforderungen an die Belegschaft werden nun schon durch den Konkurrenzkampf stetig weiter erhöht. Haben Kolleginnen und Kollegen bei den steigenden Anforderungen eine persönliche Leistungsgrenze erreicht, so haben sie doch immer noch den Markt vor Augen. Außerdem will keiner der erste sein, der es nicht schafft. Es liegt nun an ihnen, persönliche Reserven freizusetzen, um ihren Arbeitsplatz zu sichern. Um ganz persönliche Lösungswege zur Bewältigung des Aufgabengebietes zu finden, setzen sich Kolleg(inn)en selber unter Druck – und das stärker als es jeder Vorgesetzte tun könnte. Leistung und Erfolg müssen gebracht werden – egal wie – wenn nötig, auch in der eigenen Freizeit.

Natürlich wird nichts angeordnet, alles geschieht autonom, in »Eigenverantwortung«. Was unter dem Blickwinkel »Markt« als »objektiv« gesehen wird, muss gebracht werden, sonst droht ja das Aus, der Verlust des Arbeitsplatzes. Wie die Kolleginnen und Kollegen das hinbekommen, wie flexibel sie sich den Aufgaben stellen können, ist ihre Sache. Unter diesen »objektiven Bedingungen« werden die Anforderungen grenzenlos, die Beschäftigten ausgelutscht.[4] Doch unter den selbständig arbeitenden Kolleg(inn)en gibt es auch einige, die es verstehen, sich Freiräume zu verschaffen.

Alljährlich werden die Beschäftigten darauf hingewiesen, dass es wieder darum geht, die Produktivität zu steigern – und das generell in den Konzernen. So wird eine Belegschaft insgesamt immer wieder unter Druck gesetzt. Bei den Bremer Stahlwerken ist es deshalb auch nicht bei FIT und TPM geblieben. »SPRINT«, das dritte Programm zur Profitsteigerung, wurde der Belegschaft vom Unternehmer ohne weitere Investitionen serviert. Unter dem Eindruck des sich entwickelnden Unmuts der Kollegen über die Ausweitung der auferlegten Lasten propagieren der BR und die IGM dieses Programm nicht mehr. Doch mehr als eine moralische Unterstützung für die Kolleg(inn)en, sich mit SPRINT auseinander zu setzen, ist das nicht.

Durch die Marktmechanismen geraten die Beschäftigten unter den Eindruck des unausweichlichen Gegensatzes: entweder totaler Einsatz oder Arbeitsplatzverlust. So erscheint ihnen diese Art Kampf um den Erhalt des eigenen Arbeitsplatzes alternativlos – nicht nur bei den Kolleg(inn)en, sondern auch im Betriebsrat. Wie sollte es denn auch anders gehen? Ist nicht schließlich auch der Versuch einer gesellschaftlichen Alternative, der Sozialismus – dem Augenschein nach – gescheitert? Den unüberbrückbaren Interessengegensatz von Kapital und Arbeit tragen die abhängig Beschäftigten damit in sich selber aus.

In Übereinstimmung mit den Gewerkschaftsideologen idealisieren bestimmte Sozialwissenschaftler TPM mit einer »Arbeiterselbstverwaltung« im Kapitalismus. Sie hoffen gar, eine Bewusstseinsänderung der Betroffenen im Sinne eines Eigentumsempfindens sei eine positive Wendung zu einer neuen Kooperation von Arbeitern und Unternehmern. Nach über zehnjähriger Erfahrung mit der Arbeitsorganisation unter FIT, TPM und SPRINT, berichtet Klaus Hering als BR-Vorsitzender, dass die Entscheidungskompetenz in allen den Betrieb betreffenden Fragen in der Stabsabteilung in Luxemburg, Holland und London gefällt werden. Nicht einmal die Entscheidung über die Übernahme von Lehrlingen kann noch vom Bremer ArcelorMittal-Vorstand entschieden werden.

Dem Bremer Betriebsrat und dem Aufsichtsrat wird eine Einsicht in die schriftlichen Unterlagen zur Gewinn- und Verlustrechnung des Bremer Werks vorenthalten. Berichte wurden bisher immer nur mündlich vorgetragen. So konnten sie nie geprüft werden. Der Bremer Arbeitsdirektors Uwe Schmidt schreibt abschließend in seinem Bericht: *»Die Prioritäten im Personalbereich haben sich schleichend verändert.« »Ich kämpfe seit Jahren um die Erhaltung des Personalcontrollings ... Der Wegfall wäre aus meiner Sicht eine Katastrophe. … Ich befürchte, dass in Zukunft Mauern, Schutzmauern, die ich aufgebaut habe, zusammenbrechen werden.«* Sein Schlusssatz: *»Das ist meine Prognose«*. (im Buch Seite 202 oben ausführlich)

### Folgen für die Familie

Diese Entwicklung in der Arbeitswelt greift weit über die Anwesenheit der Beschäftigten im Betrieb hinaus in ihr alltägliches Leben ein. Die Grenzen zwischen Arbeitswelt und Freizeit, zwischen Lohnarbeit und Zeit der Erholung – Erfolge eines jahrzehntelangen gewerkschaftlichen und politischen Kampfes – werden fließend. Die Entgrenzung der Arbeit hat für die abhängig Beschäftigten Auswirkungen auf ihr gesamtes Leben, also auch außerhalb des Betriebes. Zwar kann sich ein Beschäftigter nun etwas stärker individuell in der Arbeit einbringen, sich dort – wie viele zunächst auch glauben – selbst verwirklichen, doch seine private Zeit wird den Anforderungen aus dem Betrieb

4) Siehe MEW Bd. 19, Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, *»So kommt es, …; dass die Maschinerie, das gewaltigste Mittel zur Verkürzung der Arbeitszeit, umschlägt in das unfehlbarste Mittel, alle Lebenszeit des Arbeiters und seiner Familie in disponible Arbeitszeit für die Verwertung des Kapitals zu verwandeln«*

untergeordnet. Er bezahlt also damit, dass seine gemeinsame Zeit mit der Familie, für die Erziehung der Kinder, für die Freunde, für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben eingeschränkt wird. Im allgemeinen menschlichen Bereich werden seine Bedürfnisse immer weniger erfüllt, stattdessen wachsen ihm hier Probleme, Widersprüche. *Arbeite ich um zu leben, oder lebe ich, um zu arbeiten?* Diese Frage kommt bei Beschäftigten schon hoch.

### Folgen für die Gesundheit

Die Veränderungen in der Arbeitsorganisation und die Leistungspolitik wirken sich insgesamt auf das Verhalten und die Gesundheit der abhängig Beschäftigten aus. Verantwortungsdruck und Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes sind verbreitete Auswirkungen. Dem Ellenbogenverhalten von Beschäftigten – verstärkt durch die Individualisierung mit ihrem Konkurrenzdenken – ist mit Appellen an den Gemeinsinn allein nicht beizukommen. Viele Kolleginnen und Kollegen fühlen sich überfordert, werden krank. Das wird durch Angaben der Krankenkassen bundesweit bestätigt. Burn-Out tritt verstärkt auf, bundesweit sind mehr und mehr lohnabhängig Beschäftigte ausgebrannt. Wenn Lohnarbeitende krank zur Arbeit gehen, um ihren Erfolg und damit ihren Arbeitsplatz nicht zu gefährden, zeigt sich, dass ihre Gesundheit und ihr Streben nach Markterfolg des Betriebes zueinander im Widerspruch stehen. Die indirekte Steuerung der Arbeit durch den Markt, die sie erfahren, führt dazu, dass sie nicht anders können, als sich selbst gesundheitlich zu gefährden. Als systemimmanentes Kernproblem der Profitproduktion kann diese dauernde Überbelastung nicht ausgeschaltet werden. Die Kolleginnen und Kollegen werden stattdessen individuell mit Gesundheitsmaßnahmen in die Pflicht genommen, damit sie sich noch besser ausbeuten lassen können. Interessiert ist der Unternehmer nur an einer Sicherung der Reproduktion (Erneuerung) der Ware Arbeitskraft – und nicht an der allgemeinen freien Entfaltung der Menschen.

### Und die Gewerkschaften?

In der Ausbeutung der Ware Arbeitskraft sind wir in einem Grenzbereich angekommen. Was sich entwickelt hat, ist ganz einfach **Raubbau an den Menschen als Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg im internationalen Konkurrenzkampf der Profitproduktion**. Der Kern der kapitalistischen Produktionsweise kann nicht durch Gesetzgebung beeinflusst werden, und schon gar nicht durch die Mitbestimmung der Gewerkschaften.

Bei der Abstimmung über die Einführung des FIT-Programms stimmte auch der damalige 1. Bevollmächtigte der IGM Bremen und Arbeitnehmer-Aufsichtsratsmitglied, Dieter Reinken, der vorher VK-Leiter auf der Bremer Hütte gewesen war, zu. In seinem Beitrag zu diesem Buch schreibt er unter anderem, dass das Ziel der Gewerkschaften nicht darin bestehen könne, die Arbeitskraft der Arbeiter so teuer wie möglich zu verkaufen, sondern das Ziel müsse sein, gemeinsam mit dem Unternehmer den geistigen Wert der Arbeit zu erkennen und gemeinsam die Arbeit zu gestalten.

In ihrer gesellschaftlichen Aufgabe, im Kapitalismus den Preis der Ware Arbeitskraft auszuhandeln, hat die IG Metall keine andere Wahl, als sich den Marktgesetzen unterzuordnen. So festgelegt, ist sie letztlich Hilfsorgan der Unternehmer bei der gesteigerten Ausbeutung der Arbeiter. FIT-Programm und TPM weisen hier zwei Seiten einer Medaille auf. Die eine Seite ist die des Unternehmers, den Betrieb konkurrenzfähig zu erhalten und seinen Profit zu sichern – auf der anderen Seite der Medaille übernehmen Betriebsrat und IG-Metall-Vertreter selber die Reduzierung der Zahl der Arbeiter und die Erhöhung des Arbeitstempos: Die IG Metall bezahlt eine Anzahl von Sozialwissenschaftlern und Instituten, wie im Fall ArcelorMittal das Sozialinstitut Dortmund, um die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat und den Betriebsrat zu beeinflussen, sich den Interessen des Unternehmers unterzuordnen. Diese sogenannten Wissenschaftler treiben ihre Forschungen auf der Basis der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Sie sind ein fester Bestandteil dieser Gesellschaftsordnung und entwickeln ihre Markttheorien im Interesse der Unternehmer: Wes Geld ich nehm' – des Lied ich sing'!

Die abhängig Beschäftigten nehmen ihre Belastungen bisher nur als individuelles Problem wahr. Das ist ihre Schwäche. Da immer weniger gemeinsam, stattdessen vermehrt vereinzelt an isolierten Arbeitsplätzen gearbeitet wird, ist es für die Lohnabhängigen auch immer schwieriger – zugleich aber auch notwendiger – Erfahrungen auszutauschen und sich zu verständigen. Das wäre die erste Aufgabe einer gewerkschaftlichen Interessenpolitik.

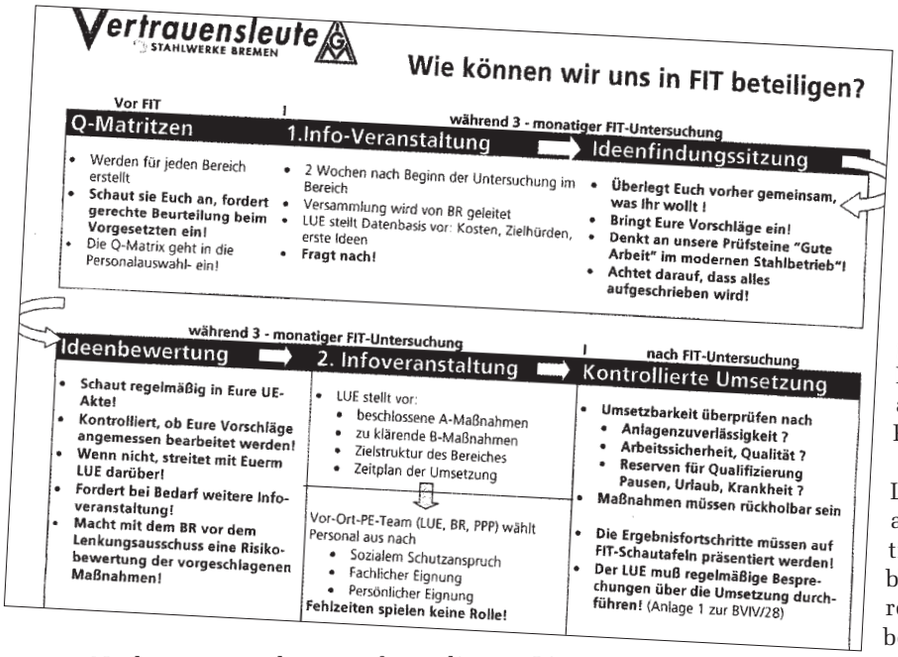
### Die »Mitbestimmung« bringt keine Lösung

Als einer der größten weltweit agierenden Stahlkonzerne befindet sich ArcelorMittal in einer permanenten Auseinandersetzung mit der Autoindustrie, die eine noch höhere Wertschöpfung nachweisen kann. Mit den Möglichkeiten des Bremer Produktionsstandorts will der Konzern Zugang zum Geschäft mit der deutschen Automobilindustrie behalten. Noch bestimmt diese den Rhythmus der Lieferungen. Sie bestimmt mit der Just-in-Time-Produktion, wann was geliefert werden muss, kann die Produktion an einzelnen Bändern schließen oder laufen lassen und kann die einzelnen Fabriken an Hand des Produktionsausstoßes »atmen« lassen.

Generell ist das bei der Stahlproduktion nicht so umfassend möglich. Bei ArcelorMittal in Bremen werden dazu die ersten Versuche gemacht, und in einem begrenzten Rahmen funktioniert das auch schon. Die »atmende Produktion« wird kommen. Den Kern bilden dann die Stammbelegschaften, je nach Auftragsituation ergänzt um Werksvertragler, Zeitarbeiter, Leiharbeiter. Die Entwicklung ist überdeutlich abzusehen: Der kapitalistische Konkurrenzkampf wird auch in der nächsten Zukunft zur Folge haben, dass die Kernbelegschaften verkleinert, d.h. mehr Lohnabhängige in prekäre Arbeitsverhältnisse gedrängt werden. Damit wird es für die Belegschaften schwieriger aber notwendiger werden, ihre sozialen Standards zu verteidigen. Das Unternehmerziel: flexibler Personaleinsatz – atmende Belegschaft – steht dem gewerkschaftlichen Ziel: gleiche Arbeitsbedingungen für alle entgegen. Mit der Einbeziehung der Werkvertragler in die Lohntarifrunde wird das Problem nicht gelöst: Die Unsicherheit des Arbeitsplatzes bleibt.

Als die Kolleg(inn)en im FIT-Prozess ihre Verbesserungsvorschläge einreichten, sind sie damit gegeneinandergestellt worden. Die Konkurrenz untereinander wurde geschürt; denn dieser Vorgang führte zum Aussortieren von Kolleginnen und Kollegen. Ihnen saß die Angst im

Das hier zum Anlass genommene Buch des VSA-Verlages ist eine Sammlung von Rechtfertigungen für das Handeln der Gewerkschafter und Sozialwissenschaftler im Bremer Stahlwerk in den letzten 15 Jahren. Es ist die Beschreibung einer Gewerkschaftspolitik, die im internationalen Konkurrenzkampf einem Konzern zu einem zeitweiligen Vorteil verhilft. Und damit auch einem Teil der Belegschaft. Die nächste Krise in der Stahlindustrie wird diese Ilusionen zerstören. Deshalb ist das Buch nicht im Ansatz aufklärend, sondern befördert die Fortsetzung reformistischer Illusionen. ■




Nacken, auch auf die Liste der »Überflüssigen« zu kommen. Das Betriebsklima wurde mies; die Stimmung sank auf einen Tiefpunkt. So wurde die Belegschaft kampfunfähig.

Die Montanmitbestimmung, die die deutschen Gewerkschaften als Erfolg vor sich hertragen, ist ein Instrument aus der Zeit des Kalten Krieges. Mit ihr begleiten die Gewerkschaften das Auf und Ab von der Konjunktur zur Krise. Sie wird von den kompetenten Fachkräften als Fessel erkannt, wenn sie sich über ihre gesellschaftliche Rolle im Klaren werden, d.h. Klassenbewusstsein erwerben.

Wenn es in der allgemeinen Desorientierung heute auch der Betriebsrat ist, über den sich Kollegen gegen punktuelle Angriffe des Unternehmers wehren, für die Verteidigung ihrer sozialen Errungenschaften spielt es eine große Rolle, ob eine Belegschaft durch Stellvertreterpolitik ruhig gehalten wird, oder ob sie ständig in die Konfliktsituationen mit dem Unternehmen einbezogen wird und Verteidigungsinitiativen aus der Belegschaft Unterstützung erfahren – um so mehr als jeder Produktionsstandort nur einen kleinen Prozentsatz zur Gesamtproduktion beiträgt.

Schon die Nachrichten aus südlichen EU-Ländern zeigen den Kolleg(inn)en, dass es woanders noch schlechter ist. Wollen die Beschäftigten nicht verstärkt Opfer ihrer Arbeit werden, bleibt ihnen nichts anderes übrig, als sich aus ihrer Vereinzelung zu lösen, sich nicht auf die Mitbestimmungsorgane zu verlassen, sondern sich gemeinsam Klarheit über ihre Lage zu verschaffen und daraus Schlussfolgerungen für gemeinsame Wege zu finden, sich zur Wehr zu setzen, sich für ihre Klasseninteressen – in die ihre individuelle Interessen eingeschlossen sind – einzusetzen. Können dafür nicht die Basisgremien der Gewerkschaft genutzt werden?

G.H., 25.7.2014 ■

■ ZUM NIEDERGANG EINES EINSTMALS »LINKEN« BERIEBSRATES

# Die Einbindung des Betriebsrates in die Sanierungsstrategie der Stahlunternehmer

***Folgender Text ist die Tonbandabschrift eines internen Referates von Bonno Schütter, von 1959 bis 1970 als Vermessungstechniker auf der Hütte tätig, zuletzt im Betriebsrat, nach dem selbst organisierten Streik 1969 fristlos gekündigt.***

Wegen der geringen Ausbaumöglichkeiten ihrer Hagen-Hasper Hütte entschloss sich die Führung von Klöckner in den 1950er Jahren, in Bremen ein großes integriertes Hüttenwerk auf freiem Gelände an der Weser zu bauen. Für die Ansiedlung der Klöckner Werke ließ die Stadt Bremen zwei wunderbar gelegene alte Dörfer an der Weser räumen und stellte ein Gelände von ca. 10km mal 3km direkt am Fluss zur Verfügung. Darüber hinaus ließ sie für die neu dazu kommenden Industriearbeiter ca. 1000 Wohnungen bauen. Die Investitionssummen überstiegen die Möglichkeiten von Klöckner. Nur mit Milliarden-Anleihen bei der Deutschen Bank und mit Mitteln, die die Besitzer-Familie Henle aus dem Klöckner-Kapital vor dem Zweiten Weltkrieg nach Holland geschafft hatte, wurden die Mittel aufgebracht, um das Werk zu erstellen.

Der Bremer Betriebsrat am neuen Standort sah sich dadurch in die Rolle eines Profiteurs der Arbeitsplatzvernichtung in Hagen-Haspe gesetzt. Und das in Kenntnis der Vorgeschichte: Nach 1945 hatte der kommunistische Betriebsratsvorsitzende Harich zusammen mit seinem sozialdemokratischen Nachfolger Willi Kosfelder die Belegschaft in Hagen-Haspe mobilisiert, als die britische Besatzungsmacht im Rahmen ihrer Demontage deutscher Industrieanlagen die Fundamente des Stahlwerkes sprengen wollte: Kollegen der Belegschaft besetzten das Gelände und durch diese aufopferungsvolle Aktion wurde die Hütte gerettet. Ein ähnlicher Vorgang in Osnabrück! Dazu kam noch, dass der kommunistische BR-Vorsitzende Harich nachher vom Verfassungsschutz verfolgt wurde.

Klöckner baute einen modernen Hochofen und sechs Siemens-Martin-Öfen (SM-Öfen), die bei Chargen-Zeiten von zehn Stunden je 300 t Stahl produzierten. Dazu baute Klöckner eine Breitband-Walzwerk und ein Kaltwalzwerk mit allen dazu gehörigen Einrichtungen – bei kostengünstigen Liefervoraussetzungen für Erz und Koks über die Weser. Über den Weser-Port in Bremerhaven wurden Erz und Koks kostengünstig aus Übersee angeliefert. Mit kleineren Schiffen wurde es über die Weser und dann mit einer Betriebseisenbahn ins Bremer Werk geschafft.

Der damalige technische Leiter, Dr. Aspeck, plante ursprünglich den Bau von 12 SM-Öfen. Doch war bei Voest in Österreich längst das LD-Verfahren[1)] zur Anwendungsreife entwickelt worden, das sich schnell weltweit durchsetzte: In der Bundesrepublik entstanden in kürzester Zeit zwölf LD-Stahlwerke. Bis 1968 wurden dann die in Bremen vor-

1) Benannt nach den beiden österreichischen Stahlwerken Linz (Oberösterreich) und Donawitz (Steiermark), wo es in den 1950er Jahren zuerst großindustriell verwendet wurde.

handenen sechs SM-Öfen stillgelegt, gleichzeitig ein LD-Stahlbetrieb aufgenommen, womit dann in Chargen-Zeiten von 30 Minuten mehr Stahl produziert wurde als mit den sechs SM-Öfen vorher.

Bis zum Konkursverfahren 1993 war Klöckner ständig gezwungen, jeden Schritt der allgemeinen technischen Entwicklung mitzumachen, also das Werk auf dem aktuellen technischen Niveau zu halten, obwohl sie die finanziellen Mittel dazu selber nicht hatten. In diesem Prozess entstand die qualitativ beste Breitbandstraße, eine Verzinkungsanlage. Mit der Stranggussanlage kam eine weitere technische Innovation dazu.

## Zur politischen Entwicklung auf der Hütte und im Betriebsrat

Ab 1945, noch zur Zeit der Norddeutscdhen Hütte und dann seit den Anfängen der Klöckner-Hütte 1954 hatte der BR fast immer eine kommunistische Mehrheit. Diese kommunistische Mehrheit ging in ihrer Arbeit stets von den unmittelbaren Interessen der Belegschaft unter den gegebenen äußeren Bedingungen aus. In den sechziger Jahren kam es durch das Wirken eines Vertreters der Gruppe Arbeiterpolitik (ARPO) zu einer Zusammenarbeit zwischen Sympathisanten der ARPO, linken SPDlern mit den KP-Betriebsräten, die jedoch bei der Wahl 1966 die Mehrheit verloren.

Bei einer sozialdemokratischen Mehrheit im Betriebsrat wurde diese Zusammenarbeit fortgesetzt. In dieser Zeit, etwa 1966 – 1968, als junge Menschen anfingen sich in die Gesellschaft einzumischen, war es dem politisch aktiven Betriebsrat möglich, zu den Notstandsgesetzen Stellung zu nehmen und sich bei den Bremer Straßenbahndemonstrationen mit den demonstrierenden Schülern solidarisch zu erklären[2]. Das führte zu großen Auseinandersetzungen, besonders in der SPD.

Im Rahmen der weiteren Auseinandersetzung mit der IG Metall entstand eine sogenannte »zweite Liste« zur BR-Wahl. Diese Liste – zusammengesetzt aus KP-Vertretern,, ARPO und linken Sozialdemokraten – setzte sich durch gegen die örtliche IG Metall, gegen die SPD und gegen den Bundesvorstand der IGM, der sich eingemischt hatte. Im Verlauf dieser Auseinandersetzungen konnte die Belegschaft ganz praktische Erfahrungen mit den Mitbestimmungsträgern der Arbeiterseite, im Aufsichtsrat sowie mit dem Arbeitsdirektor machen, die bei vielen Kollegen zu einem kritischen Selbstbewusstsein führten.

Die Abhängigkeit des DKP-Betriebsräte von ihrer Partei, die gerade in Fragen der Mitbestimmung immer mit der IG Metall zusammenarbeitete, führte dazu, dass die Genossen der DKP den Kopf der Gruppe Arbeiterpolitik auf der Hütte diffamierten und aus dem Betriebsrat drängten. 30 Jahre lang gelang es den Sozialdemokraten dennoch nicht, den Betriebsratsvorsitzenden zu stellen.

## Der Kampf um die Bremer Hütte

Mitte der 1970er Jahre kam die deutsche Stahlindustrie in die Krise. Hervorgerufen durch die technische Entwicklung vom Thomasofen über den Siemens-Martinofen zum LD Blasstahlwerk – Stranggussverfahren – Breitbandwalzwerke und digitale Produktionsteuerung bis hin zu Hochöfen mit 12 Metern Gestelldurchmesser, die täglich in den großen Stahlwerken ca. 7.000 Tonnen produzieren, sind seit Jahrzehnten die Kapazitäten gewachsen. In den Schwellenländern war für Massenstahl internationale Konkurrenz entstanden. Diese Entwicklung führte zu weltweiten Überkapazitäten. In ihrer Folge wurden in Deutschland mehr als 200.000 Stahl-Arbeitsplätze »sozialverträglich« abgebaut. Von ehemals 20 selbständigen Hüttenwerken – hauptsächlich im Ruhrgebiet und im Saarland – ist allein ThyssenKrupp am Rhein geblieben. Im Ruhrgebiet änderten ganze Städte ihren Charakter und ihr Stadtbild.

Aus dem Ruhrgebiet hatte sich Klöckner mit der Stilllegung des Stahlwerks Hagen-Haspe verabschiedet. Doch dem Konkurrenzkampf konnte das Untenehmen damit nicht entgehen. 1991/93 beabsichtigten die großen deutschen Stahlkonzerne, das Bremer Werk als Konkurrenten auszuschalten. Als die Zahlungsunfähigkeit Klöckners bekannt wurde, Klöckner die Zinsen seiner Schulden bei der Deutschen Bank nicht mehr begleichen konnte, musste die Hütte die Segel streichen. Die Deutsche Bank zwang Klöckner zum Vergleich.

Unter der Führung des damaligen BR-Vorsitzenden Peter Sörgel wurde der Kampf der Belegschaft gegen die Schleifung der Bremer Hütte organisiert. In einem Bündnis mit Teilen der Bevölkerung, besonders mit den unmittelbaren Nachbarn, wurden in großen Veranstaltungen, Protestdemonstrationen, Fackelzügen und allen Mitteln, die einem BR in einer solchen Situation zur Verfügung stehen, der Kampf organisiert. Die Belegschaft stemmte sich dagegen , dass die Hütte plattgemacht wurde.

Eine besondere Situation entstand, als die Vorstandsvorsitzenden von Thyssen-Krupp, Cromme und Kriwet beim Bremer Bürgermeister Wedemeier erschienen und in einer kurzen Sitzung von ihm verlangten, der beabsichtigten Schließung von Teilen der Bremer Hütte zuzustimmen, die Flüssigphase aufzugeben und evtl. noch einiges von den Gebäuden stehen zu lassen, was man als Walzwerk noch verwenden könnte. Solche Vorstellungen hätten binnen kurzem zum völligen Konkurs der Hütte geführt, weil sie so nicht lebensfähig gewesen wäre. Heute ist festzustellen, dass der Bürgermeister dem Verlangen von ThyssenKrupp nicht entsprach. ThyssenKrupp hatte auch verlangt, dass die Stadt keinen Widerstand leisten dürfe, der Öffentlichkeit das Begehren von ThyssenKrupp verschweigen und die Verbindungen der Stadt zum Betriebsrat abbrechen müsse.

Der Bremer Bürgermeister entschied sich für den Erhalt der Hütte. Er hielt es für möglich, mit Bremer Unternehmern und einem weiteren ausländischen Investor sowie dem Stahlwerk Sidmar Finanzquellen auftun zu können. Mit einem »Bremer Interessensmodell« sollte das Überleben der Hütte für einige Zeit erreicht werden. Dafür verkaufte der Senat Besitz und wurde Anteilseigner Das aufgebrachte Geld erhielt er später zurück. Gefragt: *»Werden die Klöckneraner das Werk besetzen?«* äußerte er sich sinngemäß später so: *»Als Bürgermeister Bremens werde ich nicht die Polizei in das Werk schicken, um die Anlagen von den Arbeitern zu räumen. Sondern im Gegenteil, ich würde ihnen in Körben ihre Frühstücksbrötchen vor das Tor bringen«*.

Bürgermeister Wedemeier handelte unter dem Druck der um ihre Arbeitsplätze kämpfenden Belegschaft und der mit ihr solidarischen Bevölkerung. Er ging das Risiko ein, das Werk zu erhalten – gegen die offenkundige Absicht der gesamten bundesdeutschen Stahlindustrie und auch gegen die NRW-Landesregierung unter Rau, dem späteren Bundespräsidenten, das Bremer Werk aus Konkurrenzgründen platt zu machen. (Im März 1993 wurde dann die Hütte Rheinhausen trotz jahrelanger massenhafter Proteste – hunderttausend Demonstranten auf den Straßen von NRW – geschlossen.) Während die Klöckner-Belegschaft zusammen mit der Bevölkerung auf der Straße für die Erhaltung kämpfte, war es dem Bürgermeister zusammen mit der Betriebsratsführung unter Peter Sörgel und Eike Hemmer

2) Dazu ausführlicher: »Aus der geschichte lernen? Septemberstreiks 1969, Klöckner-Hütte Bremen 1969, Ford-Werke Köln 1973« Reader zur Veranstaltung »Auf eigene Faust« im Oktober 2009 Berlin. Zu beziehen über die Versandadresse der Arbeiterpolitik gegen Voreinsendung von 3,00 EUR in Briefmarken.

*Nachwirkungen einer durch und während des Kampfes um die Hütte politisierten Belegschaft: Stahlarbeiter während der Tarifrunde 1979*

völlig klar, dass ohne einen baldigst zu findenden Investor der Kampf sein Ziel verfehlen würde. Deshalb riefen viele Beteiligte »Hosianna«, als das belgische Stahlwerk Sidmar aus vielerlei Gründen mit 30 Prozent Beteiligung Anfang 1994 in das »Bremer Interessenmodell« einstieg. In einem Dreier-Bündnis – Bürgermeister Wedemeier, Peter Sörgel mit dem Betriebsrat und Betriebsleiter Hilker, der sich mit seiner Entscheidung gegen die Konzernleitung stellte, wurde eben dieses Modell durchgesetzt. Die Belegschaft feierte eine Nacht und einen Tag ihren Sieg – den Erhalt des Werkes. Es war ein teuer erkaufter Sieg. Denn bereits in der ersten Stufe, dem »Bremer Interessenten-Modell«, stimmten die Betriebsratsführung und die IG Metall der »sozialverträglichen« Reduzierung der Belegschaft um ca. 1000 Mann, davon 850 über einen Sozialplan, zu. Der Bürgermeister kommentierte: *»Lautlos akzeptierte der Betriebsrat«.* Der Betriebsrat Michael Breidbach im Interview in dem Buch »Globale Zeiten«: *»… im Hintergrund war völlig klar, dass wir staatliche Subventionen eingefordert haben und dass der Betriebsrat massive Personalmaßnahmen akzeptiert hatte.«* Das Bündnis, das Belegschaft und BR eingegangen waren, forderte von Anfang an seinen Preis.

Während in vorhergehenden Jahren – Jahrzehnten – in lokalen Werken durch die örtliche Verankerung Fragen der Beschäftigung in der Personalpolitik eine Rolle spielen konnten, ist seit der Globalisierung kaum noch lokaler Einfluss auf die Produktionsstätten vorhanden. Unter dem Druck des weltweiten Konkurrenzkampfes können global agierende Konzernen keine Rücksicht auf lokale Interessen nehmen: Es geht nur noch um den höchsten Profit.

Bekanntlich machen die Menschen ihre Geschichte zwar selbst – aber nicht aus freien Stücken, sondern unter vorgegebenen Bedingungen. So begann unter dem Druck der drohenden Schließung der Hütte die zwiespältige Haltung des Betriebsrates. Bürgermeister Wedemeier sagte später einmal, dass er mit einem verständnisvollen Betriebsrat zusammenarbeiten konnte, denn die Gespräche waren möglich, ohne dass der BR zu Demonstrationen dagegen aufrief. Mussten einerseits 1000 Leute gehen – so erhielt das Werk andererseits eine Prämie der Europäischen Union eben auch für die Liquidierung von Arbeitsplätzen. In den nächsten Jahren blieb der Druck auf die Beschäftigten des Werkes erhalten. Um das selbstgesteckte Ziel »Gesamterhalt des Werkes« nicht zu gefährden, konnte auch der Abbau einer Reihe von Sozialeinrichtungen nicht verhindert werden. Wer »A« sagt, muss eben auch »B« sagen.

1994 eingegliedert in den Arbed-Konzern, gehörte die Bremer Hütte nach der Verschmelzung von Arbed mit der spanischen Arcelaria und der französichen Usinor-Sacilor zum Arcelor-Konzern, den 2006 Mittal als weltgrößter Stahlkonzern übernahm.

Das Bewusstsein der Stahlarbeiter ist immer von ihren Interessen und ihren Erfahrungen bestimmt gewesen. Allerdings arbeitete nun auf der Hütte eine neue Generation, die stärker individualisiert war. Traditionen waren weggebrochen. In dieser Phase, die bestimmt war durch die Globalisierung der kapitalistischen Produktionsweise, sowie durch die Auflösung der Sowjetunion und das Ende der DDR, wurde eine Veränderung in der Belegschaft deutlich. Peter Sörgel wurde Mitglied der SPD (vorher DKP). Er legte nach einigen Jahren seine Funktion als BR-Vorsitzender nieder, versuchte dann, Arbeitsdirektor zu werden, wurde als künftiger Arbeitssenator Bremens gehandelt und bekam zuletzt einen Posten als Hauptabteilungsleiter im Bereich des Arbeitsdirektors. Eine konsequente Folge der Zusammenarbeit im Dreierbündnis BR-Bürgermeister-Direktion.

Der kapitalistische Konkurrenzkampf ließ Arcelor das FIT-Programm einführen, das TPM-System durchsetzen und die IGM und den BR zustimmen.

## Kapitalistischer Konkurrenzkampf ist Anarchie auf dem Weltmarkt

Die Unternehmer der Stahlindustrie, wie auch alle anderen, handeln nicht aus freien Stücken, sie sind der Konkurrenz des Marktes unterworfen. In diese Situation wird es für ihre Geschäfte immer schwieriger. Nach Marx' Erkenntnis über den tendenziellen Fall der Profitrate werden sie immer größere Summen in das konstante Kapital, also in Anlagen, Grundtücke und Maschinen, investieren müssen. Der Konkurrenzkampf zwingt jedes einzelne Unternehmen, bei diesen Erneuerungen möglichst zu den Vorreitern zu gehören.

In diesem Prozess wird ihr relativer Profit fallen. Um sich dennoch eine größer werdende Profitmasse zu sichern, greifen sie immer mehr in das variable Kapital ein und versuchen, durch neue Arbeitsmethoden, durch Umorganisierung der Arbeit die Profite zu sichern. Die Erfindung und Entwicklung neuer Techniken führen zu einer nicht gekannten Steigerung der Produktion. Da jeder Kapitalseigner nur sein Unternehmen bis ins letzte rationell durchorganisieren lässt, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu sein, entstehen Überkapazitäten, die keinen Profit bringen und damit zur Krise drängen.

Dies kommt auch in der Stahlindustrie zum Ausdruck. Wir haben weltweit eine gewaltige Überproduktion. Die USA hatten vor Jahren noch einen Produktionsanteil des weltweit hergestellten Stahls von 78 Prozent gehabt, jetzt sind das noch 30 Prozent. Dabei ist die Weltstahlproduktion gestiegen, sie hat aber auch weltweit überschüssige Produktionskapazitäten.

In 2013 sind allein in Deutschland ca. 2,2 Mill. Tonnen Stahl mit staatlicher Unterstützung »aus dem Markt« genommen worden. Einige Fachleute sagen, dass allein in der deutschen Stahlproduktion Überkapazitäten von 30 bis 50 Millionen Tonnen entstehen werden. Das bedeutet, dass der Kapitalismus diese Probleme nicht in den Griff bekommt, und auch nicht bekommen kann. Die IG Metall hat darauf keine Antwort, weil sie im Kapitalismus nur zur Regelung des Preises der Ware Arbeitskraft da ist.

Betriebsräten und Belegschaften, die ihre unmittelbaren Interessen zu vertreten suchen, wird damit nach und nach – in den Branchen unterschiedlich – der Boden hierfür entzogen. Mit den Mitteln der Gewerkschaftspolitik, wie sie den jetzt Arbeitenden in den Betrieben bekannt ist, also mit Tarifpolitik und Lohnkampf im weiteren Sinne, ist diesem grundsätzlichen Problem nicht beizukommen.

**Die heutigen Führungen der DGB-Einzelgewerkschaften, ebenso die DGB-Führung, natürlich auch die SPD und alle anderen parlamentarischen Parteien, begleiten die abhängig Beschäftigten in den Sumpf der Überproduktion bzw. der Überkapazitäten. Ausgehend von dem Fundament der jetzt agierenden Gewerkschaften, der Tarifpolitik um Lohn- und Arbeitsbedingungen, ist dieser krisenhaften Entwicklung nicht beizukommen.**

B.S., Juli 2014 ■

# Grundlinien der Weltpolitik heute – eine Skizze

**Es ist ein seltsames Zusammentreffen: Das Erinnerungsjahr zum Beginn des Ersten Weltkrieges vor hundert Jahren und die sich steigernden Spannungen zwischen der Nato und Russland.**

Die inneren Auseinandersetzungen in der Ukraine um die Orientierung hin nach Westen (EU) oder nach Osten waren Auslöser für eine unvorhergesehene Konfrontation zwischen Nato-Staaten und Russland. Die Annektion oder Rückeingliederung der Krim markiert gegenwärtig den Höhepunkt der Ereignisse. Vorausgegangen war die so genannte Osterweiterung der EU, d.h. die Integration der baltischen Staaten, Ungarns, Polens, Tschechiens, der Slowakei und von Nachfolgestaaten Jugoslawiens. Die russische Regierung sieht darin verständlicher Weise den Versuch einer unfreundlichen Einhegung ihrer Westgrenze durch die Nato. Hinzu kommt die Absicht der USA, Raketenstellungen an ebendieser Westgrenze zu installieren unter dem Vorwand der Verteidigung gegen iranische Langstreckenflugkörper, tatsächlich aber mit dem Ziel, die nukleare Zweitschlagfähigkeit Russlands zu beseitigen.

Zur gleichen Zeit erhebt China Gebietsansprüche im Südchinesischen Meer, die von den Nachbarstaaten bestritten werden, die ihrerseits auf Hilfe und Unterstützung durch die USA hoffen. Dies wiederum fällt zusammen mit der erklärten Absicht der US-Regierung unter Obama, ihr Engagement in der Pazifikregion ausweiten zu wollen.

In mehreren ehemaligen Kolonialstaaten Nordafrikas und des Maghreb gab es – vorwiegend städtische – Protestbewegungen, die unter der Bezeichnung Arabellion Hoffnung auf demokratische Reformen weckten, bevor sie von den alten Kräften niedergeschlagen wurden oder in Bürgerkriege mündeten oder vorerst einfach ergebnislos versandeten.

Diese scheinbar nicht enden wollende Kette von nationalen Aufständen und internationalen Konflikten gibt Anlass zur Frage nach der Struktur des Ganzen, der weltpolitischen Konstellation, in welche sich die einzelnen Ereignisse sinnvoll einbetten. Dies gilt in erster Linie für die großen internationalen Konfliktlinien zwischen den militärisch und wirtschaftlich mächtigen Staaten und Staatenbünden, also vor allem den USA, der Europäischen Union, Russland und China.

## Der Erste Weltkrieg

Lenin und Rosa Luxemburg sahen als Ursachen des Ersten Weltkriegs den Kampf aller beteiligten Mächte *»um die Aufteilung der Welt, um die Verteilung und Neuverteilung der Kolonien, der ‹Einflusssphären› des Finanzkapitals usw.«* Die gleiche Position entwickelt Luxemburg in ihrer sogenannten Junius-Broschüre. Was hieß dies konkret?

Das Statistische Jahrbuch für das British Empire weist 1903 eine Gesamtfläche von rd. 9,6 Mio. Quadratmeilen (fast 25 Mio. Quadratkilometer) mit einer Bevölkerung von ca. 361 Mio. Köpfen aus. *»Ein bedeutender Beitrag zum Aufwuchs eines Imperiums, dessen Zentrum gerade einmal 120 Tsd. Quadratmeilen (311 Tsd. Quadratkilometer) mit einer Bevölkerung von 40 Mio. ausmacht«*, schrieb J. A. Hobson 1905 im Vorwort zu seiner Imperialismus-Studie. Allein zwischen 1870 und 1898 war das British Empire um eine Fläche von ca. 4,2 Mio. Quadratmeilen (ca. 11 Mio. Quadratkilometer) gewachsen. Dabei war das britische Königreich nur die größte, nicht jedoch die einzige große Kolonialmacht auf europäischem Boden. Frankreich, Belgien, die Niederlande, Spanien und Portugal, z.B. besaßen gleichfalls gewichtige Kolonialreiche und hatten zusammen große Gebiete in Afrika und Asien unter sich aufgeteilt.

Der auf Kolonialeigentum beruhende moderne Imperialismus des 19. und 20. Jahrhunderts, für den sinnbildlich vor allem Großbritannien stand, hieß nicht nur »Kapitalverwertung«, d.h. profitable Anlagesphäre für überschüssiges Kapital zu schaffen. Die Beziehungen zwischen Mutterland und Kolonien beruhten im Wesentlichen auf außerökonomischer Gewalt, d.h. nicht die Gesetze des internationalen Marktes bestimmten die Ökonomie der Kolonialwirtschaft, sondern die Gesetze der Parlamente oder sonstigen Gesetzgebungskörperschaften der Mutterländer diktierten die Tauschbeziehungen. So wurde beispielsweise die indische Textilmanufaktur dadurch ruiniert, dass Indien nur Rohbaumwolle exportieren durfte und sie in verarbeiteter Form als Textilien importieren musste. Zudem waren die Handelsbeziehungen in der kolonialen Hierarchie exklusiv: Den Handel kontrollierten große, staatlich konzessionierte Handelsgesellschaften aus Großkaufleuten, die durch ihre Monopolstellung einen Extraprofit erzielen konnten.

Darüber hinaus konnten unter diesen Umständen die kolonialen Mutterländer den internationalen Warenhandel im Sinne ihrer weltpolitischen Ziele beeinflussen, indem sie Mengen und Preise manipulierten, um politischen Druck auf konkurrierende Nationen auszuüben.

Für die Bourgeoisie eines aufstrebenden kapitalistischen Staates wie des wilhelminischen Deutschland war dieser Zustand untragbar: Die Welt war aufgeteilt und sie war *»zu spät gekommen«*, um daran teilzuhaben. Die Rohstoffquellen, die internationalen Absatzmärkte, internationale Anlagemöglichkeiten für eigenes überschüssiges Kapital – all dies in den Händen der Konkurrenz. Das waren starke Motive für ihr Interesse am Krieg für eine Neu- oder Umverteilung der internationalen Einflusssphären. Am Ende des I. Weltkrieges standen allerdings die Niederlage des Deutschen Reichs und seiner Ambitionen und außerdem die Sowjetunion als erster sozialistischer Staat der Welt. Aber nicht nur der deutsche Kapitalismus war geschwächt. Auch die europäischen Siegermächte, insbesondere Frankreich und Großbritannien, büßten an internationalem Gewicht ein, während die USA als Weltmacht in den Vordergrund traten.

## Der Zweite Weltkrieg und die Folgen

Der Historiker Eric Hobsbawm sieht in seiner Geschichte des »kurzen XX. Jahrhunderts«, genau genommen der Zeit zwischen dem Auftreten und dem Untergang der Sowjetunion, den Zweiten Weltkrieg als eine Fortsetzung des sozusagen unvollendeten Ersten Weltkriegs an. Der deutsche Faschismus stand vor allem für das Ziel eines zweiten Versuchs, dem deutschen Kapitalismus ein eigenes koloniales Umfeld zu verschaffen, diesmal mit Schwergewicht im Osten. Allerdings war zu diesem »alten« Ziel ein »neues«, zweites hinzugekommen: Die Niederwerfung und Auslöschung des sozialistischen Staates, der Sowjetunion. Mit diesem zweiten Ziel handelte der deutsche Faschismus sozusagen im kapitalistischen Gesamtinteresse, weshalb er einige Jahre lang freie Hand für seine Kriegsführung behielt. Eine westliche Front gegen die Wehrmacht kam erst zustande, als nach der vernichtenden Niederlage der

faschistischen Truppen bei Stalingrad das Kriegsglück sich wendete, und sowjetische Truppen nach Westen vordrangen.

So war auch der Zweite Weltkrieg in seinem Kern ein imperialistischer Krieg, ein Konkurrenzkampf um die weltpolitischen Positionen zwischen den führenden kapitalistischen Mächten.

An seinem Ende wiederholte sich in gewisser Weise das Ergebnis des Ersten Weltkrieges: Die beteiligten kapitalistischen Staaten, mit Ausnahme der USA, waren wirtschaftlich erschöpft, ihre kolonialen Besitzungen wurden von inneren Unruhen erschüttert. Die Sowjetunion konnte ihre weltpolitische Isolierung teilweise aufbrechen und zudem ihre Einflusssphäre beträchtlich erweitern. August Thalheimer beschrieb die Weltkonstellation nach 1945 in den Grundzügen so:

I. Das Lager der imperialistischen Siegermächte
II. Die Sowjetunion und ihre Machtsphäre.
III. Kolonial- und Halbkolonialvölker.

Die Rebellion der Kolonialvölker, wie in Indien und China, die bereits durch die Schwächung der europäischen Kolonialherren im Ersten Weltkrieg beflügelt worden war, fand nach 1945 kein Ende, sondern sie setzte sich mit großer Energie letztlich erfolgreich durch. Die dadurch verursachten Kriege und Bürgerkriege in den Kolonien prägten die Wahrnehmung aller politisch Interessierten in diesen Jahren, vor allem der Algerienkrieg und der Vietnamkrieg. Alle großen Kolonien und Halbkolonien, China, Indien, die Staaten des Maghreb, um nur einige zu nennen, eroberten in den darauffolgenden zwei bis drei Jahrzehnten ihre politische Unabhängigkeit. Seitdem treffen sie im internationalen Handel vornehmlich auf die ökonomische Gewalt des kapitalistischen Weltmarktes, die vielfach nicht weniger zerstörerisch wirkt, als die außerökonomische Gewalt der früheren Mutterländer. Allerdings sind die Folgen für die befreiten Staaten recht unterschiedlich: Rohstoff- und Ressourcenreiche Länder konnten und können bei hinreichender staatlicher Stabilität Industrien und Infrastruktur entwickeln, Anschluss an die kapitalistischen Monopole gewinnen. Die »Verlierer« versinken in Krieg und Bürgerkrieg entlang ethnischer und religiöser Konfliktlinien in Kämpfen von Warlords um die vorhandenen Natur- und Bodenschätze.

## Der Untergang der Sowjetunion und die weltpolitischen Folgen

Wie sieht die Welt nach dem Untergang der Kolonialreiche und des sozialistischen Lagers aus, welche Gegensätze, welche Konfliktlinien bestimmen nun das Handeln der großen Mächte? Diese Fragen drängen sich auf, nachdem solch grundlegende Veränderungen stattgefunden haben. Mit welchen Machtkonstellationen haben wir es heute zu tun?

August Thalheimer
**Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg**
1946, Gruppe Arbeiterpolitik,
32 Seiten A5, 1,50 EUR

August Thalheimer
**Westblock – Ostblock** 1945 – 1948,
Internationale monatliche Übersichten
Vorwort Gruppe Arbeiterpolitik 1992,
460 Seiten A5, 7,50 EUR

Fast unmittelbar nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurde klar, dass der Wegfall der Blockkonfrontation die Welt nicht friedlicher gemacht hatte, sondern dass stattdessen lokale Kriege wieder möglich wurden, die vorher wegen der Gefahr eines militärischen Aufeinanderprallens beider Machtblöcke unterblieben waren. Die USA führten mehr oder weniger unangefochten Kriege im ehemaligen Jugoslawien, im Irak, in Afghanistan und Libyen; gegen Serbien und Afghanistan mit direkter militärischer Unterstützung durch die deutschen Regierungen. Es konnte so scheinen, als ob die USA als strahlender Sieger aus dem Machtkampf hervor gegangen wären.

Tatsächlich wissen wir heute, dass sie ihre Macht überdehnten. Die politische Doktrin der Bush-Regierungen, jederzeit zwei getrennte Kriege erfolgreich führen zu können, zerschellte an den ungeheuren Kosten, die den Staatshaushalt belasteten und zivile Infrastrukturinvestitionen und Sozialprogramme im Inland verhinderten. Hinzu kommt, dass keiner dieser Kriege tatsächlich gewonnen wurde und dass stattdessen der Hass vor allem in der islamischen Welt gegen die USA so stark anwuchs, dass er zur Quelle für viele terroristische Angriffe auf amerikanische Ziele wurde. Diese wiederum veranlassten die US-Administration, ihr Land festungsartig nach außen hin abzuschotten und gigantische Spionageprogramme ins Leben zu rufen, die einerseits wiederum Unsummen verschlingen und andererseits auch die verbündeten Regierungen vor den Kopf stoßen.

Eine andere bedeutende Erscheinung unserer Zeit ist das schleunige Heranwachsen Chinas zu einer Industrienation, die ihr gewachsenes ökonomisches Gewicht auch in militärische Expansion umsetzt.

Und schließlich ist die weltpolitische Schwächung Russlands nicht unbedingt von Dauer, das einstweilen weiterhin die zweitstärkste Militärmacht der Welt bleibt und das nach wie vor der größte Flächenstaat Eurasiens ist.

## Aktuelle Konflikte

Noch vor ein, zwei Jahren wäre die Antwort auf die Frage nach den weltpolitischen Konfliktlinien viel spekulativer ausgefallen. Heute sind die Bruch- und Konfliktlinien schon deutlicher sichtbar – sie zeichnen sich ab in der US-Politik gegen Russland und China und sie zeigen sich in Chinas aggressivem Vorgehen im Südchinesischen Meer sowie in Russlands Krim-Annektion. Worin besteht der Zusammenhang?

Nach dem Zerfall des sozialistischen Lagers waren die USA unangefochten wirtschaftlich wie militärisch die stärkste Macht der Welt. Aber auch ihr wurden Grenzen aufgezeigt: Nach dem verlorenen Krieg in Vietnam 1975 konnten die folgenden US-Regierungen weder im Irak noch in Afghanistan erfolgreich als Sieger die Kriegsschauplätze verlassen. Sie zogen und ziehen ihre Truppen zurück und hinterlassen „failed states«, missratene Staatsgebilde, in bürgerkriegsähnlichen Zuständen, die auf ihre Nachbarstaaten zerstörerisch wirken. Auch gelang es den USA nicht, Iran in die Knie zu zwingen, was ihre Absicht war; stattdessen verhandeln sie jetzt über den Abbau der Wirtschaftssanktionen.

Der gigantische Militäretat der USA, der 2013 höher war, als die Rüstungsausgaben der nächstfolgenden zehn Staaten, belastet die US-Politik und zwingt sie zur Konzentration der Mittel auf vorrangige Ziele. Als ein solches Ziel definierte Präsident Obama bereits in seiner ersten Amtszeit die Hinwendung der USA auf die Pazifikregion. Diese Absichtserklärung lässt sich auch als Ankündigung einer Eindämmungspolitik gegen Chinas wachsendes Gewicht in Asien verstehen. In diesem Zusammenhang ist auch das

Agieren der amerikanischen Regierung in der aktuellen Ukraine-Krise am Kiewer Maidan zu verstehen, wo sie mit großen Geldsummen und an die vierhundert Agenten zur Konfliktverschärfung beitrugen. Die Scharfmacherei der amerikanischen Regierung zielt auf die Einhegung Russlands und seines Einflusses im Westen. Aber der Druck der USA innerhalb der Nato geht dahin, dass die europäischen Nato-Mitglieder Kosten und Mühen dieser Aufgabe übernehmen, damit der amerikanische Partner freie Hand im Pazifikraum hat.

Hier nun zeigen sich Brüche im westlichen Bündnis, weil die Interessen der herrschenden Klassen in den verschiedenen Staaten nicht einheitlich sind. Während für die USA Handelsbeziehungen mit Russland ohne größere Bedeutung sind (und eigentlich nur der militärische Aspekt zählt), sind für wichtige europäische Staaten gerade die wirtschaftlichen Kontakte zu Russland sowohl aktuell als auch perspektivisch von großer Bedeutung – das trifft zu für Deutschland, Frankreich, Italien und einige andere. Russland ist wichtiger Exportmarkt für industrielle wie landwirtschaftliche Produkte und wichtiger Importmarkt für Energie und Rohstoffe. Hinzu kommt – das ist der perspektivische Gesichtspunkt – , dass sowohl die eurasische Eisenbahnverbindung nach Peking wie auch die maritime Nord-Ost-Passage nur gemeinsam mit Russland realisierbar ist, die beide einen ungeheuren Wettbewerbsvorteil für die europäische Industrie im internationalen Handel mit sich bringen werden, weil sie Zeit- und Transportaufwand drastisch verringern.

## China und Russland im Kampf um internationales Gewicht

Heute ist es in erster Linie China, das die Weltgeltung des amerikanischen Kapitalismus zu mindern droht. Das liegt an der schieren Größe der Bevölkerung und der bewiesenen Fähigkeit zur wirtschaftlichen und militärischen Expansion gleichermaßen. Die Fortsetzung dieser expansiven Politik ist unter kapitalistischen Voraussetzungen zwangsläufig, denn nur so kann die chinesische Wirtschaft dem amerikanischen Druck widerstehen. Daraus folgt aber weiterer Hunger auf Rohstoffe und Energie, der in den Erwerb von Schürf- und Ausbeutungsrechten auf dem afrikanischen Kontinent wie auf das Geltendmachen von Gebietsansprüchen im Südchinesischen Meer mündet. Daraus ergeben sich fast zwangsläufig Konflikte mit Nachbarstaaten, die ebenfalls um einen Platz auf den internationalen Märkten kämpfen – so der aktuelle Konflikt China – Vietnam um Bohrrechte. Solange die USA nicht unmittelbar in diesen oder künftige Territorialkonflikte eingreifen – und im Moment sind sie dazu offenbar weder bereit noch in der Lage – ist die Gefahr eines Krieges nicht gegeben; zu ungleich sind die Kräfteverhältnisse zwischen den Konfliktparteien. Aber es ist heute schon klar, dass die absehbar auf Dauer anhaltenden Spannungen Chinas mit den anderen Anrainerstaaten im Südchinesischen Meer in Zukunft jederzeit Anlass zu einer Konfrontation mit den USA geben können, wenn diese den Zeitpunkt für gegeben halten.

Als größte Landbrücke zwischen Europa und Asien könnte Russland am ehesten von konfliktarmen Wirtschafts- und Verkehrsverbindungen profitieren. Die Blockkonfrontation während der längsten Zeit des 20. Jahrhunderts hatte es mit sich gebracht, dass das Entwicklungsland Russland zur zweitmächtigsten Militärmacht der Welt werden musste, um zu überleben. Die Rüstungsausgaben lasten darum wie ein Alb auf dem russischen Staatshaushalt und behindern oder verhindern unter anderem Infrastrukturinvestitionen, die einer schnellere Expansion des russischen Kapitalismus zugute kämen. Nach den Erfahrungen aus dem Zusammenbruch der SU setzen die USA nun darauf, auch die militärische Kapazität Russlands durch weitere Einhegung nachhaltig zu schwächen. Wenn es gelungen war, durch wirtschaftliche Isolierung und militärischen Druck das erste sozialistische Experiment sozusagen auszuhungern, so wohl die Erwartung, dann sollte es auch gelingen, das kapitalistische Russland zu einer Anpassung seiner Rüstung an seine gegenüber den USA schwächere Wirtschaftsleistung zu zwingen.

Die Rückeinverleibung oder Annektion der Krim war unter diesen Rahmenbedingungen für die russische Politik keine taktische, sondern eine strategische Entscheidung. Sie sichert auf Dauer die maritime Stellung Russlands im Schwarzen Meer und damit im Mittelmeerraum. Der Verzicht auf diese Aktion hätte über kurz oder lang die Nato zum Schlüsselhalter für Moskaus Zugang zu den südlichen Meeren werden lassen.

Der daraus resultierende weitere Konflikt zwischen USA-Nato und Russland deckt Moskaus ökonomische Schwachstellen schonungslos auf: Die sehr starke Abhängigkeit seiner Exportwirtschaft von Energieträgern und Rohstoffen, bei deren Ausbeutung es zum Teil von der industriellen und technischen Expertise seiner Konkurrenten abhängt oder doch zumindest profitiert. Aktuell zeigt es sich, dass der so erzeugte Druck durch eine Verstärkung der Handelsbeziehungen Russlands mit China wenigstens zum Teil kompensiert werden kann. Auf Dauer liegt es aber nicht im Interesse des russischen Kapitalismus, sich derart einseitig an einen auf weitere Sicht stärkeren Partner zu binden bzw. sich von ihm abhängig zu machen. Einen Ausweg aus dieser Situation gibt es für die russische Politik nur, wenn es ihr gelingt, eine Balance zwischen den europäischen Wirtschaftszentren und China zu halten. Dies aber genau versuchen die USA mit Hilfe ihrer engeren europäischen Verbündeten zu verhindern.

Wir können heute nicht wissen, wie es genau weiter gehen wird, z.B. ob es den Vereinigten Staaten tatsächlich gelingen wird, Russland von Westen her zu isolieren. Die Interessen wichtiger EU-Staaten stehen hier, wie bereits ausgeführt, im Gegensatz zu denen der US-Regierung. Aber die großen Konfliktlinien liegen klar zutage. An ihnen wird man sich bei den kommenden kleineren und größeren weltpolitischen Auseinandersetzungen orientieren können.

## So zeichnet sich heute folgende Konstellation ab:

I. Die USA und ihre europäischen und pazifischen Verbündeten; dies schließt insbesondere die Nato-Staaten ein. Vorherrschendes Motiv ist das gemeinsame Bemühen um die Einhegung Russlands und Chinas.

II. Jeweils getrennt Russland und China, die auch unter kapitalistischem Vorzeichen um Ausdehnung ihrer Weltgeltung kämpfen, mitsamt ihren jeweiligen Verbündeten.

III. Das bunte Feld der übrigen Länder, die um ihres Vorteils willen eine dauernde Festlegung auf ein Bündnis vermeiden. Das schließt große Staaten wie Indien, Brasilien und Südafrika ebenso ein, wie Iran und Ägypten.

IV. Die »failed states«, gescheiterte Staaten, vor allem auf dem afrikanischen Kontinent, die bloße Rohstofflieferanten und Spielbälle der unterschiedlichsten Mächte in Weltpolitik und Welthandel sind. Elendsquartiere der Welt, die nur in den Katastrophenmeldungen und Spendenaufrufen der Nachrichtensendungen auftauchen.

Stand: 20. Juli 2014 ■

# Zur Entwicklung in der Ukraine

## aus der Sicht der politischen Organisation »Borotba«

Kurzfristig lud das Hamburger »Bündnis Kaptalismus in der Krise« zu einer Info-Veranstaltung mit dem Kollegen Sergej Kiritschuk aus der Ukraine ein: »V*om Maidan in den Bürgerkrieg. Die Ukraine im Fadenkreuz imperialistischer Mächte*«

Es war kurz nach dem Absturz einer Passagiermaschine über dem in der Ukraine umkämpften Gebiet im Südosten, nahe an der Grenze zu Russland. Dieser Absturz und die politischen Folgen würden sicher den Abend mit dem Vertreter aus der Ukraine bestimmen, war meine Einschätzung. Doch welche Informationen außer den tagesaktuellen aus dem Internet lagen unsereins vor, die zur Vorbereitung zur Verfügung standen?

Ich las einige Seiten aus dem Buch von Peter Scholl-Latour, einem national-konservativen Journalisten: »*Russland im Zangengriff*« aus dem Jahre 2007. Zur Ukraine und ihrer nachsowjetischen Entwicklung schrieb er dort:

»*Ohne die Ukraine ist Russland kein eurasisches Reich mehr. Es kann trotzdem nach einem imperialen Status streben, würde aber dann ein vorwiegend asiatisches Reich werden‹, so argumentiert Zbigniew Brzezinski in seinem Buch ›The Grand Chessboard‹ (2000). Angesichts der subversiven Manipulationen, der robusten Einmischung, die heute die US-Politik gegenüber Kiew charakterisiert, ... lohnt es sich, eine kurze Skizze der undurchdringlichen Kanäle zu entwerfen,die den »heißen Winter« von Kiew ermöglichten. Sie weisen fast ausschließlich über den Atlantik ... Allein vom State Department wurden 65 Millionen an diverse Behörden und Auftragsfirmen verteilt. An der Spitze steht die Hilfsorganisation US-AID, die für ihre humanitären Aktionen bekannt ist, ... jedoch längst als wirksames Instrument der CIA entlarvt wurde. ...die Fäden in der amerikanischen Botschaft zusammenliefen, dass die Europäer, insbesondere auch die Diplomatische Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Abstimmung mit der »OSZE in Europa« an dem Regimewechsel aktiv beteiligt waren ... verfolgte Washington natürlich ... noch ganz andere strategische Ziele. Washington hatte mit Viktor Juschtschenko, dessen Frau gebürtige Amerikanerin ist, vereinbart, dass die Ukraine spätestens im Jahre 2010 der NATO beitreten würde. Dieses Vorhaben entspricht zwar nicht dem Wunsch der Bevölkerungsmehrheit, die weitaus stärker auf eine Aufnahme in die EU ausgerichtet ist, aber es fügte sich nahtlos in jenen Kurs der Osterweiterung, den die Planer des Pentagon ... verfolgen. Die vorbereitenden Maßnahmen sind längst im Gange. Die ukrainische Armee wird mit Hilfe von amerikanischen und auch einigen deutschen Offizieren auf NATO-Standard umgestellt. ... Eine Debatte* [darüber] *hat im Deutschen Bundestag nie stattgefunden. ... Der bisherige deutsche Botschafter in Kiew, der nach seiner Pensionierung die Rolle eines persönlichen Beraters Präsident Juschtschenkos wahrnehmen sollte, ...*

*Meine Gesprächspartner hingegen geben sich düsteren Stimmungen hin. ›Das Land ist der Willkür eines Dutzend zwielichtiger Millardäre ausgeliefert‹ ... Sie kontrollieren nicht nur die Wirtschaft, sie beherrschen auch die Politik. ... Zwar bilde sich allmählich eine technisch kompetente Mittelklasse von Managern und Ingenieuren heraus, aber der Sturz vom Sozialismus in eine kriminelle Variante des Kapitalismus sei zu brutal gewesen. ... die Ukraine sei heute auf seine Oligarchen angewiesen, sonst bräche alles zusammen‹, erfahre ich bei dem Politologen Wladimir Malenkowitsch.*

*Donezk, im Mai 2006: Es steht schon fest, dass Janukowitsch nach einigem Tauziehen der nächste Regierungsschef der Ukraine sein wird und ein von gegenseitigem Misstrauen gezeichnetes Zweckbündnis mit Staatspräsident Juschtschenko sowie dessen Partei ›Nasha Ukrajina‹ eingehen muss. Er wird seine politischen Schachzüge sorgfältig mit seinem Freund Pinat Achmetow abstimmen, der als Abgeordneter der Rada angehört und die letzten Entscheidungen fällt. Ein vernünftiges und enges Nachbarschaftsverhältnis zu Russland ... bedeute durchaus nicht ein Ausscheiden der Ost-Region aus dem ukrainischen Staatsverband. Unser Fahrer und Beschützer hat sich meist in Schweigen gehüllt ... Unerwartet bricht es aus Wladimir hervor: ›Wie weit wollen die Amerikaner denn noch mit ihrem NATO-Bündnis nach Osten vordringen, und welche Feindschaft mit Russland tragen sie hier aus? ... Warum macht Berlin diese unsinnige Politik mit? Die Deutschen sollten es doch besser wissen‹«.*

Diese Einschätzungen von Scholl-Latour stehen uns in der BRD seit fast acht Jahren zur Verfügung. Nun hatten wir die Chance, mit Sergej Kiritschuk, einem Vertreter der kommunistischen Organisation »Borotba«, darüber zu sprechen. Aus meiner Mitschrift einige seiner Aussagen:

*»Der Maidan war der Beginn einer rapiden offensiven Einflussnahme auf alle die politischen Kräfte in der Ukraine, die bis dahin allenfalls verdeckt westlichen Einflüssen ausgesetzt waren. Die Forderungen auf dem Maidan waren durchgehend die nach einem Freihandelsabkommen mit der EU. Soziale Forderungen im Sinne der gesamtgesellschaftlichen Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung gab es nicht. Das fiel uns sofort auf, da unterschieden wir uns massiv von der ukrainischen KP, die meinte, das korrupte System der Oligarchen würde in der EU keinen Bestand mehr haben können. Die KPU war davon überzeugt, den Parlamentarismus für die Durchsetzung demokratischer Verhältnisse einsetzen zu können. Diese Auffassung war ein entscheidender Grund, uns von der KP zu trennen und eine eigene ukrainische kommunistische Organisation zu gründen.*

*Wir sind der Meinung, dass der Klassenkampf der entscheidende Treibsatz in der Gesellschaft ist, auch wenn das schwer zu erkennen ist. Wir von Borotba werden ausgelacht, wenn wir davon sprechen. Ein Bündnis mit der EU wird der Bevölkerung verkauft mit den künftigen angeblichen individuellen Aufstiegsmöglichkeiten. Die Befürworter der Westbindung denunzieren jeden Kritiker daran als verantwortlich für den bisherigen Niedergang der sozialen Verhältnisse und als ›Vertreter Moskaus‹. Dabei gibt es soziale Erklärungen für die Auffassungen der Separatisten (inzwischen verschwimmt dieser Teil immer mehr, weil er Klassenkampf bedeutet): Für die jungen Leute, die die Zeit der Sowjetunion noch erlebten und eine gewisse Perspektive entwickeln konnten, deren Perspektive ist jetzt weg. Sie müssen sich nun – das ist ihnen neu und unbekannt – um existenzielle Fragen für sich und ihre Familien bemühen. Gerade im Osten ist das Geld nicht vorhanden, dass die jungen Männer sich von der Einberufung zum Militär damit freikaufen können. Für die Wohlhabenden in Kiew und auch in Lugansk ist das kein Problem. Die Gewalt auf beiden Seiten der Front gegen die eigenen Leute, teilweise Verwandte, wird zu einer ungekannten Brutalisierung des Alltags führen.*

*Zur Rolle der USA: Das Eingreifen von bezahlten Banden wie Blackwater und andere scheint im Westen oftmals zu pauschal skizziert: Solche Leute, die kein Ukrainisch sprechen, sind wohl deshalb nicht notwendig, weil sich momentan genügend militärisch ausgebildete junge Männer finden, die sich für Geld kaufen lassen.*

*Seit den Unruhen auf dem Maidan in Kiew ist d**er amerikanische Einfluss der, jeden Kompromiss, der innerhalb der ukrainischen Gesellschaftsgruppen auch nur im Ansatz besprochen wird, sofort zu verhindern, stattdessen die inneren Konflikte anzuheizen. Und sie betreiben Politik direkt mit Russland, über unsere Köpfe hinweg, wenn beispielsweise Kerry und Lawrow über die Ukraine verhandeln, ohne dass ein Ukrainer überhaupt dabei ist. Das hat sogar die Maidan-Faschisten überrascht. Die ukrainische Bevölkerung ist ohne Stimme und immer noch zwischen den Fronten.** Und zur NATO: Sie wurde gegründet gegen den Weltkommunismus (hat Jelzin mal gesagt), den gibt es nicht mehr. Was ist nun ihre Rolle? Wir meinen, dass Russland eingekreist wird, ganz aktuell...*

*Poroschenko, ein Schokoladen- und Waffenhändler an beiden Fronten, mit dem Westen wie dem Osten, hat den Posten des Präsidenten bekommen, aber er hat deshalb nicht die Macht, er kontrolliert nicht das Land. Und d**er IWF verlangt, dass Kiew die Ost-Ukraine von den Separatisten wieder zurück erobert.** Ökonomisch steht die Ukraine vor dem Kollaps, ein aktueller Grund dafür sind die extrem hohen Militärausgaben...*

*Zu dem Abschuss des Zivil-Flugzeuges über der Ost-Ukraine: Ich kann wegen fehlender Fachkenntnisse dazu nichts sagen, aber eine wichtige Frage muss beantwortet werden: **Wer hat den ukrainischen Fluglotsen den Befehl gegeben, dieser Maschine einen außergewöhnlichen Kurs über die Ost-Ukraine anzuordnen?***

*Zu der Abhöraffäre: Es gibt natürlich Differenzen zwischen den USA und der EU. **Letzten Endes in den großen Fragen bilden sie immer noch einen gemeinsamen Block. Innerhalb dieses Blocks ist die deutsche Regierung sehr zurückhaltend, zumindest in der Öffentlichkeit.** Sie will nicht, dass die Bevölkerung in ernsthafte Diskussionen über die Außenpolitik mit einbezogen wird.*

*Dagegen kann ich nur sagen, und das ist die Auffassung unserer Organisation: **Es wird immer wichtiger, dass die politischen Differenzen zu der eigenen Regierung auf die Straße getragen werden. Die Heuchelei des Imperialismus im Großen wie im Kleinen, der Betrug an der Bevölkerung müssen offen gelegt werden**.*

*Wir treten in der Ukraine ein **für einen förderalen ukrainischen Staat, für Sprachfreiheit, und für Blockfreiheit. Das ist nur zu erreichen mit einer Renaissance des Klassenbewusstseins. In Ost und West.** Ich bin kein Anti-Amerikaner, ich bin kein von außen Einfluss nehmender Kritiker der deutschen Linken.«*

Die letzte Bemerkung zielte auf eine Frage aus dem Publikum: Warum wurde eine von der Partei Die Linke geplante Veranstaltung mit Sergej Kiritschuk (Borotba) in Hamburg wegen eines Internet-Kommentares abgesagt, nachdem sie in Hanau im Beisein des Bundestagsabeordneten Andrej Hunko schon stattgefunden hat?

Sergej Kiritschuk hat als Betroffener diese Debatte nicht verlängern wollen. (Wir verweisen auf die Internetseite des Bundestagsabgeordneten Andrej Hunko, dort mit Stellungnahmen zu einer späteren Veranstaltung in Berlin.)

Nach dieser Hamburger Veranstaltung, die von dem Bündnis »Kapitalismus in der Krise« zusammen mit der Organisation »Assoziation Dämmerung« dann doch noch organisiert wurde und mit rund 120 Besuchern sehr gut besucht (darunter Vertreter der Linkspartei wie auch eine Reihe Aktiver der Montags-Mahnwachen, Attac-Vertreter, das breite Feld der DKP-Sympathisanten) war, können wir feststellen:

Die Organisation »Borotba« wird zur Zeit massiv verfolgt bis hin zum Mord an einem ihrer führenden Vertreter. Die Kommunistische Partei der Ukraine soll inzwischen verboten werden. Das allein erfordert unsere praktische Solidarität, völlig unabhängig davon, ob wir mit den uns bis jetzt bekannten politischen Aussagen von Borotba übereinstimmen oder nicht. Das Wenigste, was wir hier in der BRD machen können, ist, über die gelieferten Informationen zur Ukraine mit ihnen zu debattieren. Und sie darüber besser kennenzulernen und nach praktischen Gemeinsamkeiten zu suchen. Das gilt für diese wie für eine Reihe anderer Organisationen aus der Ukraine, die wir in der nächsten Zeit sichern besser kennenlernen können.

M.E., Hamburg, 3.08.14 ■

August Thalheimer
**Die Potsdamer Beschlüsse**
1945, Gruppe Arbeiterpolitik,

32 Seiten A5, 1,50 EUR

»Beiträge zur Diskussion«
**Weisse Flecken**
Über die tatsächliche Geschichte der SU
Dezember1990, Gruppe Arbeiterpolitik,
74 Seiten A4, 4,00 EUR

■ FINNLAND

# Finnische Stauer in allen Häfen im Streik

**Wie schon im März 2010 machten die Stauer Finnlands am 12. Juni 2014 mit einem Streik auf sich aufmerksam, der für unsere Verhältnisse ungewöhnlich ist: Alle ca. 2000 Stauer der finnischen Häfen gingen am 11.06.2014 ab 6.00 Uhr für 24 Stunden in einen Solidaritätsstreik zur Unterstützung eines gewerkschaftlichen Vertrauensmannes im Hafen von Tornio[1].**

Nach Aussage der Gewerkschaft der Stauer, AKT (Auto- ja Kuljetusalan Työntekijäliitto ry – Auto- und Transportbranchen Arbeiterverband) wurde der Hauptvertrauensmann der lokalen Hafenarbeitergewerkschaft in Tornio durch einen Rechtsanwalt der Reederei eines russischen Frachtschiffes bedroht. Die Stauer des Hafens hatten in Erfahrung gebracht, dass die Seeleute des russischen Frachters, dessen Fracht aus Schrott als Rohware für den Outukumpu Stahlkonzern bestand zu »Sklavenlöhnen« unter 500 $ beschäftigt waren. Das Schiff befindet sich im Besitz der North Western Shipping Company, die um die 100 Fahrzeuge im EU-Raum verkehren lässt.

*»Wir haben das russische Schiff für 12 Tage blockiert, nachdem wir in Erfahrung gebracht hatten, dass die Arbeitsverhältnisse an Bord nicht in Ordnung waren ... Wir und viele andere sehen es so, dass die Reederei sich der Sklavenarbeit bedient...Wir unterstützen die, die einen tauglichen Vertrag haben wollen, wir setzen die Reederei unter Druck«,* so der Hauptvertrauensmann im Hafen von Tornio, Jarmo Pekkarinen.

Dieses ist kein Einzelfall. Nach Aussage des Vertreters der Seemannsunion Finnlands (SMU-Suomen Merimies Unioni), Simo Nurmi, hatte man seit Februar des Jahres sechs der Fahrzeuge der gleichen Reederei in unterschiedlichen Häfen Finnlands in Bockade. *»Finnlands Industrie hat sich glatt der vorteilhaften Transportangebote bedient. Blauäugig hat man geglaubt, das, was billig ist auch gut sei«*, so der Vertreter der Seemannsgewerkschaft. *»Darüber hinaus hat der Gerichtshof in Helsinki die Rolle Gottes übernommen und uns gezwungen die Blockaden mit der Drohung von Strafzahlungen zu abzubrechen.«*

## Spielregeln sind zu befolgen

*»Das ist unglücklich, dass wir gezwungen sind so zu reagieren, aber im finnischen Arbeitsleben gibt es gewisse Spielregeln«*, so der Hauptvertrauensmann Jarmo Pekkarinen aus Tornio. *»Wir werden nun sehen. Wir streiken diesen Tag und sehen dann morgen weiter«,* so kommentierte Pekkarinen lakonisch den Streik. Der Vertrag von Outukumpu mit der Reederei wurde aufgelöst.

## Streikrecht im Fokus

Wie zu erwarten, kamen aus den Reihen der Unternehmensvertretungen und ihren Vertretern in den bürgerlichen Parteien als Reflex die Forderung nach Einschränkung des Streikrechts. Das finnische Streikrecht lässt im Gegensatz zum bundesrepublikanischen politische und Solidaritätsstreiks zu, solange nicht der laufende Tarifvertrag Ziel der Arbeitskampfmaßnahme ist.

Die finnischen Medien gingen nur kurz auf den Solidaritätsstreik ein. Grundtenor war eine ablehnende Haltung in der Klage über die Macht einer kleinen Gruppe gut bezahlter Arbeiter. Die Gefährdung des Rufes Finnlands als zuverlässiger Exportpartner wurde hervorgehoben, eine Warnung, die angesichts der Rezession und negativen Wachstumsprognosen von 0,2 Prozent vor allem in den sozialen Medien Resonanz fand.[2] *»Nun zieht der Export noch schlechter«*, klagt Wirtschaftsminister Vapaavuori (Kok).

Seit nunmehr drei Jahren befindet sich die Wirtschaft Finnlands in der Phase der Rezession. Schlagzeilen machte da die Übernahme der Mobiltelefonsparte von Nokia durch Microsoft mit den sich daraus ergebenen Folgen: die Vernichtung hochqualifizierter Arbeitsplätze.

Der Tarifsekretär für die Hafenabteilung des AKT, Juha Anttila, stellte auf einem wenige Tage nach dem Streik stattfindenden Kongress der Gewerkschaft selbstkritisch fest, *»dass der Ursprung des Konfliktes auch von gewerkschaftlicher Seite ungenügend in der Öffentlichkeit dargestellt wurde, dass man an dieser Stelle offensiver werden muss.«* (Arbetarbladet, 17.6.2014). Diese Passivität ist wohl auch zu erklären durch die Tatsache, dass auf einem schon seit längerem geplanten Dreiparteiengespräch – Regierung – Unternehmerverbände und Gewerkschaft – für den September 2014 das Thema Arbeitskampf (Streik und Aussperrung) auf der Tagesordnung steht.

Die erneute Bedrohung des bestehenden Streikrechts war auch Thema des wenige Tage nach dem Streik stattfindenen Gewerkschaftskongresses des AKT am 17.6.2014. Der AKT ist Mitglied der Nordischen Transportarbeiterföderation, die in den fünf nordischen Ländern über 400.000 Kollegen organisiert. Dieser Verband, unterteilt in 48 Mitgliedsverbände, zeichnet sich durch einen für europäische Verhältnisse hohen Organisationsgrad aus, Kollektivverträge sind die Regel. Vorsitzender der Nordischen Transportarbeiterföderation ist das Mitglied der schwedischen Linkspartei (VP), Peter Lövkvist. ■

1) siehe auch: »Finnland – Arbeitskämpfe in Zeiten der Krise«, in: Arbeiterpolitik Nr. 2 Mai 2010
2) vergl. dazu Arpo 2/2010.

# Nach den Kommunal- und Europawahlen:

## Koalition aus ND und PASOK kann vorerst weiter regieren

**Das Ergebnis der Wahlen zum Europäischen Parlament offenbarte in zahlreichen Ländern einen teilweise dramatischen Rechtsruck. Populisten, nationalistische und rassistische Parteien waren die großen Gewinner – wie in Frankreich der Front National oder in Großbritannien die UKIP. Verlierer waren die traditionellen, überwiegend sozialdemokratischen Parteien auf der parlamentarischen Linken. Nur die Mittelmeerländer bildeten eine Ausnahme. In Portugal, Spanien, Italien und Griechenland konnten linke Organisationen verschiedenster Ausrichtung zum Teil größere Gewinne verbuchen. Hoffnungen – auch in der bundesdeutschen Linken – weckte vor allem das Wahlergebnis in Griechenland. Denn hier wurde mit SYRIZA eine Partei links der traditionellen Sozialdemokratie erstmals zur stärksten Kraft in der Wählergunst. Die mit diesem Erfolg verbunden Erwartungen müssen bei genauerer Betrachtung des griechischen Wahlergebnisses allerdings relativiert werden.**

Sowohl die Regierungsparteien als auch SYRIZA beanspruchen den Wahlsieg für sich. Die ND von Regierungschef Samaras und PASOK, weil sie ihr erklärtes Ziel, gemeinsam stärker als die größte Oppositionspartei zu werden, erreicht hätten. SYRIZA erklärt sich zum Gewinner, denn sie sei zum ersten Mal zur stärksten politischen Kraft in Griechenland geworden. Es gilt die Ergebnisse nüchtern zu analysieren; die Verlautbarungen der Parteien, die der öffentlichen Selbstdarstellung dienen, helfen dabei wenig.

Was sofort ins Auge fällt: Der Niedergang der traditionellen Träger der bürgerlich parlamentarischen Demokratie in Griechenland hat sich fortgesetzt und die Wahlbeteiligung war weiter rückläufig. Hatten sich – bei Wahlpflicht – 2009 noch 71 Prozent der Wahlberechtigten beteiligt, so sank deren Anteil auf 65 Prozent im Juni 2012 und betrug diesmal noch 60 Prozent. Die ND verlor gegenüber den Parlamentswahlen vom Juni 2012 nochmals sieben Prozent und landete bei 22,7 Prozent. Die um ihr Überleben kämpfende PASOK feierte schon als Erfolg, dass sie mit acht Prozent die selbst errichtete Hürde von fünf Prozent übersprang – allerdings unter ihrem neuen Namen Olivenbaum. Mit einem Debakel endete die zeitweise Regierungsbeteiligung der DIMAR, einer rechten Abspaltung von SYRIZA. Mit nur noch 1,7 Prozent (gegenüber 6,25 Prozent im Juni 2012) stünde sie bei regulären Parlamentswahlen vor dem parlamentarischen Aus. Die stehen allerdings erst im Frühjahr 2016 an. Und im Moment deutet nichts auf vorgezogene Neuwahlen hin. Die Regierungsparteien, inklusive DIMAR, werden alles daran setzen, damit es dazu nicht kommt. Sie können sich der tatkräftigen Unterstützung durch die Troika gewiss sein. Der Opposition auf der Linken fehlten die Kräfte, um nach dem Urnengang Neuwahlen zu erzwingen.

### Stagnation im linken Parteienspektrum

Die Wahlergebnisse zeigen deutlich, dass die Parteien aus dem linken Spektrum bestenfalls stagnieren. *»Im Juni 2012 bekam SYRIZA 1.655.000 Stimmen und 26,9 Prozent. Jetzt im Jahr 2014 waren es 1.505.500 Stimmen und 26,6 Prozent; SYRIZA hat also 150.000 Stimmen verloren.*

*Warum hat SYRIZA Stimmen verloren, anstatt seine Prozentanteile weiter zu steigern im Verlauf von zwei Jahren, in denen die Regierenden jeden Tag alles platt gemacht haben und dies weiter vorhaben? Die KKE hat sich von 277.227 Stimmen und 4,5 Prozent im Juni 2012 auf 345.027 Stimmen und 6,09 Prozent jetzt gesteigert. D.h. sie hatte einen Anstieg um 1,59 Prozent und 67.800 Stimmen. Dies liegt jedoch unter den 8,48 Prozent und 536.105 Stimmen, die die KKE bei den Parlamentswahlen im Mai 2012 erhalten hat. Im Vergleich zum Mai 2012 hat die Partei also verloren: 191.078 Stimmen! Die dritte, kleine Kraft der Linken ANTARSYA bekam dieses Mal 0,72 Prozent und 40.801 Stimmen im Vergleich zu 0,33 Prozent und 20.416 Stimmen im Juni 2012 – d.h. sie hatte einen Anstieg um 0,39 Prozent und 20.385 Stimmen. Bei den kurz vor dem Juni 2012 im Mai 2012 stattgefundenen Parlamentswahlen hatte ANTARSYA jedoch 1,19 Prozent und 75.416 Stimmen bekommen. Sie hat also 34.615 Stimmen verloren.«* (Artikel aus »Xekinima« vom 28.5.2014, Organ einer trotzkistischen Gruppierung innerhalb von SYRIZA)

### Die Probleme von SYRIZA bzw. eines linken Regierungsbündnisses

Es gibt meines Erachtens drei Gründe für diese Stagnation, die dem Zustand und der Politik der verschiedenen linken Parteien geschuldet sind:

1. Tatsächlich ist für viele Wähler nicht erkennbar, wofür SYRIZA mit seinen verschiedenen Fraktionen steht. Die Parteiführung um ihren Vorsitzenden Tsipras versucht neue Wählerschichten aus der Mitte zu gewinnen. Deshalb bekräftigt sie ihren Willen zum Verbleib in der EURO-Zone im Falle einer Regierungsübernahme. Ob das mit den sozialpolitischen Forderungen und Ankündigungen der Partei zu vereinbaren wäre, diese Frage lässt die Parteiführung unbeantwortet. Der linke Flügel, der etwa ein Drittel der Parteitagsdelegierten stellte, lehnt einen Verbleib in der EURO-Zone ab. Ebenso wehrt er sich gegen die Wende des Parteivorsitzenden nach rechts. So blieb bei vielen Wählern und Nichtwählern die berechtigte Skepsis, ob die Partei im Falle der Regierungsübernahme nicht in die Fußstapfen der PASOK treten werde – eine Skepsis, die auch durch die zahlreichen ehemaligen PASOK-Funktionäre genährt wird, die aus opportunistischen Gründen zu SYRIZA wechselten. Die Aufstellung der KandidatInnen zu den Regionalwahlen führte zu heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen in den Fällen, wo ehemalige PASOK-Mandatsträger über den Parteiwechsel ihre Parlamentssitze sichern wollten und sich zum Teil auch durchsetzen konnten
2. Eine weitere Schwäche von SYRIZA ist ihr mangelnder Einfluss in den Organisationen und Initiativen des sozialen und gewerkschaftlichen Widerstandes sowie außerhalb der Großstädte Athen und Saloniki. Die Basisstrukturen der Partei hielten nicht Schritt mit dem rasanten Zerfall der PASOK und dem ebenso rasanten Aufstieg von SYRIZA in der Wählergunst.
3. Ein dritter Grund liegt in der Zerstrittenheit der Linken. Es war immer klar, dass SYRIZA selbst im Falle eines besseren Wahlergebnisses auf Koalitionspartner angewiesen wäre. Und hier kommt die sektiererische Haltung der KKE negativ zum Tragen. Sie selbst lehnt jegliche Zusammenarbeit mit SYRIZA ab. Bei den Regionalwahlen beispielsweise rief sie zur Wahlenthaltung auf, wenn ihre KandidatInnen es nicht in die Stichwahl geschafft hatten. Dagegen empfahl SYRIZA ihren WählerInnen, in entspre-

chenden Fällen den KKE-Anwärtern ihre Stimme zu geben. Da die KKE es vehement ablehnt, sich an einer linken Koalitionsregierung zu beteiligen oder diese zu unterstützen, war den WählerInnen klar: SYRIZA kann unter diesen Umständen nur in Koalition mit bürgerlichen Parteien eine parlamentarische Mehrheit zusammenkriegen. Das ist nur unter dem Preis erheblicher Abstriche an ihren sozialpolitischen Forderungen möglich.

### Widerstand und Wahlkampf

Während unserer letzten Griechenlandreise charakterisierte der Vertreter der Gewerkschaft Buch und Papier in Athen die Stimmung unter den arbeitenden Menschen folgendermaßen: Nach einer anfänglichen Periode der Empörung und Wut folgten zunächst Resignation und Enttäuschung. Momentan – im September 2013 - befänden sie sich in einer Phase der Depression und sie hätten noch keine Mittel dagegen gefunden. Tatsächlich hatten die zahlreichen Arbeitsniederlegungen, „Generalstreiks“ und Massendemonstrationen die Durchsetzung der verordneten Spardiktate nicht aufhalten können. Der ehemals relativ starke Einfluss der Gewerkschaften wurde gebrochen; sie verloren ihre Funktion als Organisationen zur Aushandlung von tariflichen Löhnen und Arbeitsbedingungen.

Empörung, Wut und Widerstand hatten zwar den Niedergang der PASOK und den Aufschwung von SYRIZA eingeläutet und schlugen sich in den Wahlergebnissen von 2012 nieder. Diese erforderten die Bildung einer Koalitionsregierung aus ND, PASOK und DIMAR. Aber mangels praktischer Erfolge oder Teilerfolge stagniert seither der Widerstand. Die Hoffnung, die Regierung ließe sich anlässlich des sporadisch immer wieder aufflammenden Protestes zu Fall bringen, erfüllte sich nicht. So führte der unerwartet heftige Widerstand gegen die Schließung der öffentlichen Fernseh- und Rundfunkanstalt ERT im Juni 2013 zwar zum Austritt von DIMAR aus der Koalitionsregierung. ND und PASOK konnten aber mit drei Stimmen Mehrheit weiter regieren. Auch im September 2013 gelang es nicht, die Arbeitsniederlegungen an den Schulen gegen die angekündigten Entlassungen zu einem unbefristeten Streik gegen die Zwangsrekrutierungen und die Regierung auszuweiten.

Die scheinbare Allmacht der Troika und ihrer griechischen Erfüllungsgehilfen wirkte lähmend – sowohl auf die Bereitschaft, sich an Streiks, Demonstrationen und Aktionen zu beteiligen, als auch auf die Mobilisierungsmöglichkeiten der linken Opposition. Nicht allein die schon angesprochenen Fehler und die Zerstrittenheit auf der Linken, sondern auch das Abflauen des Massenwiderstandes und der Klassenkämpfe spiegeln sich im Ergebnis der Europa- und Kommunalwahlen wider.

So gab es tatsächlich nur zwei Parteien, die bei den Wahlen hinzugewinnen konnten: Zum einen die erst wenige Monate vor der Wahl durch einen populären Fernsehmoderator gegründete Gruppierung Potami (Fluss) mit 6,6 Prozent. Sie zielte vor allem auf die unzufriedenen Wähler der PASOK, die ansonsten vielleicht der linken Opposition ihre Stimme gegeben hätten. Zum anderen konnte die offen faschistisch auftretende Chrysi Avgi (CA, deutsch: Goldene Morgenröte) ihren Stimmenanteil von 6,9 auf 9,4 Prozent steigern.

### Die Demontage der bürgerlichen Demokratie und der Aufstieg der CA

Die Gründe für den kometenhaften Aufstieg der CA – von 0,3 Prozent 2009 auf fast 7 Prozent bei den Wahlen im Juni 2012 – sind offensichtlich. Sie liegen in der Wirtschafts- und Finanzkrise, die seit 2009 das Land fest im Griff hält und in der entsprechenden Politik der griechischen Regierungen als verlängerter Arm der Troika. Wir haben dazu in den letzten Jahren in unserer Zeitung ausführlich Stellung genommen und können uns dies bei einer Kommentierung der Wahlen ersparen. Deshalb nur ein kurzer Hinweis auf die politischen Folgen: Mit der radikalen Absenkung des Lebensstandards und dem Abbau der sozialen Sicherungssysteme verbunden war die Demontage der bürgerlich parlamentarischen Demokratie. Die Sparauflagen der Troika ließen sich nicht durchsetzen, ohne Teile der Verfas-

## Erklärung der Bewegung »Kommunisten-Arbeiterkampf«

**Auszüge:** »[…] Wir sind keine Unbekannten ohne politische Vergangenheit, jedoch haben wir nicht vor „den Messias darzustellen und zu behaupten, wir hätten Lösungen zu all den Problemen. Wir sind Kommunisten. Wir stammen politisch aus der KKE und befinden uns ungewollt außerhalb unserer Partei – entweder weil wir ausgestoßen wurden oder weil wir uns zum Austritt gezwungen sahen. Wir wurden ausgestoßen weil wir nicht geschwiegen haben, weil wir uns geweigert haben im Namen einer falschen formalistischen Parteitreue den Arbeiterkampf aufzugeben. […] Wir sind davon überzeugt, dass Tausende von Kommunisten/innen und Arbeiterkämpfer innerhalb und außerhalb der KKE über den Kurs der Partei äußerst besorgt sind.

Wir möchten klarstellen, dass unsere Bewegung keine politische Partei ist. Wir stehen zu unseren Genossen/innen, die sich noch innerhalb der Partei befinden […] Unsere Absicht liegt nicht darin, die historische Rolle, die die KKE gespielt hat, in Frage zu stellen. Unsere Absicht ist es sicherzustellen, dass der ersichtliche Niedergang dieser Partei, der unausweichlich ist, falls die Parteiführung weiter an diesem Kurs festhält, nicht gleichzeitig den Niedergang jeglicher politischen Organisation der Arbeiterklasse bedeutet. Wir werden nicht zulassen, dass aufrichtige Kommunisten/innen gesenkten Hauptes resignieren und sich aus dem Arbeiterkampf zurückziehen, weil sie aus der Partei ausgestoßen wurden. […] Die Kommunisten/innen, die sich eine authentische, aber gleichzeitig praxisorientierte und den heutigen Umständen entsprechende Parteipolitik wünschen, müssen sich organisieren und aktiv werden. Sie müssen für ihre Prinzipien kämpfen.

Der Marxismus fordert die Kommunisten zur konkreten Analyse einer konkreten Situation auf – die unreflektierte Reproduktion situations- und epochenübergreifender Thesen/Formulierungen ist mit dem kritischen Geist des Marxismus nicht vereinbar. Nur eine Partei mit einem soliden, aktualisierten Programm, welches sich den heutigen Problemen und Herausforderungen annimmt, kann Perspektive schaffen und ihre historische Mission erfüllen. […] Die Bewegung „Kommunisten-Arbeiterkampf“ wird mit allen ihren Kräften sich für die Erfüllung dieses Zieles einsetzen. Wir appellieren an die Arbeiterklasse, an alle Kommunisten/innen, an die Jugend, für dieses Ziel zu kämpfen. Wir glauben fest daran, dass der Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Partei nicht umsonst war. Was aktuell droht, ist jedoch einer schwere Niederlage, die für die Arbeiterklasse verheerende Folgen für die kommenden Jahrzehnte haben wird. Das gilt es zu verhindern.«

5. Juli 2014 ■

**Athen, 25. September 2013: Antifaschistischer Protest vor dem Parlament wegen der Ermordung von Pavlos Fyssas durch Mitglieder der Chrysi Avgi.**

sung und die parlamentarischen Regeln zu umgehen. Die Regierung Samaras (ND) setzte nur fort, womit Ministerpräsident Papandreou (PASOK) durch die Beseitigung der gewerkschaftlichen und tariflichen Rechte begonnen hatte. Ein Teil der von der Troika geforderten Einspar- und Privatisierungsmaßnahmen wurde per Ministerialerlass ohne die übliche parlamentarische Debatte und Abstimmung durchgeboxt. Ähnlich verfuhr die Regierung bei der in Europa einmaligen Schließung der öffentlichen Fernseh- und Rundfunkanstalt ERT. Arbeitsniederlegungen wurden mit Hilfe von Notverordnungen und der militärischen Zwangsverpflichtung der Streikenden unterbunden. Kurz gesagt, die Staatsgewalt agierte immer autoritärer und repressiver, begleitet von der entsprechenden Demagogie durch die Regierungsparteien gegenüber Flüchtlingen, Gewerkschaften und der linken Opposition. Die Übernahme von Parolen und Inhalten der Chrysi Avgi untergrub nicht, wie erhofft, deren Wählerbasis zu Gunsten der ND. Sie förderte stattdessen das innenpolitische Klima, in dem die faschistische Partei weiter agieren und wachsen konnte.

Bis zum September 2013 schlossen ND-Politiker des rechten Parteiflügels eine Zusammenarbeit mit oder gar eine Regierungsbeteiligung der CA nicht aus, sollte die Koalition aus ND und PASOK zerbrechen. Das änderte sich mit der Ermordung von Pavlos Fyssas schlagartig. Einige Medien hatten die Verwicklung der CA-Parteiführung daran öffentlich gemacht. Auch die bis dahin unter Verschluss gehaltenen Beweise über das Wissen und die Beteiligung der Parteispitze an den Überfällen und der Ermordung von Flüchtlingen ließ sich nicht länger verheimlichen. Seither sitzt ein Teil der Führungsriege und Parlamentarier in Untersuchungshaft wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung. Umso bedenklicher muss stimmen, dass die CA sich nicht nur konsolidieren konnte, sondern bei den Wahlen noch hinzugewann.

Die Botschaft, die von dieser Wahl ausgeht, lässt sich folgendermaßen kurz zusammenfassen: Die Parteien der bürgerlichen Mitte, ND und PASOK, erodieren weiter und ein Ende des Erosionsprozesses ist nicht absehbar. Die Opposition auf der Linken konnte davon nicht profitieren. Das freigewordene Terrain besetzten die populistische Neugründung Potami und die Chrysi Avgi – als nunmehr drittstärkste Kraft in der Wählergunst.

### Weitere Spar- und Privatisierungspläne in Arbeit

Bis Mitte September befindet sich das griechische Parlament in der Sommerpause. Danach allerdings stehen erneut tief greifende Maßnahmen an. So müssen nach dem Willen der Troika bis zum Jahresende weitere 15.000 Staatsdiener entlassen werden. Gegen ein weiteres Vorhaben regt sich erheblicher Widerstand. Die griechische Verfassung garantiert bisher den freien Zugang zu allen Stränden. Damit wird es wohl ein Ende haben, wenn die geplante Gesetzesvorlage zu deren Privatisierung den parlamentarischen Segen erhält.

Für die linke Opposition eröffnen sich damit erneut Möglichkeiten, die geschwächten Regierungsparteien in Bedrängnis zu bringen. Voraussetzung dafür wäre, dass sie die innerlinken Grabenkämpfe überwinden kann. Das heißt nicht, auf kritische Diskussionen und Debatten zu Gunsten eines diffusen Einheitsbreis zu verzichten, sondern in den nächsten gangbaren Schritten des Widerstandes zusammen zu finden. Es gibt zahlreiche Menschen auf der Linken – inner- oder außerhalb der bestehenden Parteien und Organisationen –, die sich für eine solche Einheitsfront oder Aktionseinheit aussprechen. In diese Richtung deutet auch die Erklärung von ehemaligen Mitgliedern der KKE, die mit ihrer öffentlichen Stellungnahme den Spagat zwischen Parteitreue und öffentlicher Kritik am Kurs der Parteiführung wagen (siehe Kasten). Wir können nur hoffen, dass sich die Kritiker innerhalb der linken Parteien und Organisationen durchsetzen – in der KKE, um den sektiererischen Kurs zu beenden, und in SYRIZA, um eine drohende »Sozialdemokratisierung« und »Parlamentarisierung« zu verhindern.

Die Linke in Griechenland – sollte sie durch die Schwäche und den Zerfall der bürgerlichen Parteien an die Regierung gelangen – hätte nur eine Chance, wenn

1. sie gemeinsam und vereint auftritt und handelt,
2. es ihr gelingt, ihre Anhänger und die von der Krise getroffene Bevölkerung zu außerparlamentarischen Aktivitäten zu mobilisieren, und
3. wenn diese Mobilisierung und eine linke Regierung auch durch den Widerstand in anderen europäischen Staaten unterstützt wird.

Berlin, A.B., 03. 08. 2014 ■